Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Nekazanka 18.

Telephone: Tagesredaktion: 26795, 31469 Nachtredaktion: 26797

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich .... Kč 16.-
vierteljährlich ... „ 48.-
halbjährig .... „ 96.
ganzjährig .... „ 192.-

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarke.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

10. Jahrgang. Donnerstag, 2. Oktober 1930 Nr. 232.

Protest der Geknechteten.

Lemberg, 1. Oktober. Die ukrainische nationalistische Undo-Partei sowie die ukrainisch-sozialdemokratische und sozialradikale Partei veröffentlichen in der ukrainischen Presse eine gemeinsame Erklärung, die sich auf die letzten Ereignisse in Ostgalizien bezieht. Es heißt darin u. a., daß das ukrainische Volk keine Verantwortung für Taten trägt, welche von geheimen Organisationen begangen werden, die unter keiner öffentlichen Kontrolle stehen. Die erwähnten ukrainischen Parteien konstatieren ferner, daß die Brandlegungen in Ostgalizien, falls sie tatsächlich ein Werk von Ukrainern sein sollten, vom Gesichtspunkt der nationalen Interessen des ukrainischen Volkes gänzlich zwecklos seien und daher mit keinen revolutionären Bestrebungen motiviert werden können.

Die Erklärung schließt mit einem Proteste gegen die Maßnahmen und Repressalien der polnischen Behörden gegenüber den Ukrainern in Ostgalizien.

Der weiße Terror in Polen.

Drakonisches Urteil gegen einen Kommunisten.

Warschau, 1. Oktober. Vor dem Bezirksgericht in Lodz fand die Verhandlung gegen den ehemaligen kommunistischen Abgeordneten Zarski statt, der unter Anklage stand, während einer im April dieses Jahres in Lodz abgehaltenen Arbeitslosendemonstration, welche zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei führte, gegen die Polizisten geschossen zu haben. Zarsky, der die Benützung einer Schußwaffe energisch in Abrede stellte, wurde auf Grund belastender Zeugenaussagen zu acht Jahren schweren Kerkers verurteilt und sofort ins Gefängnis geschafft.

Britische Reichskonferenz.

London, 1. Oktober. (Eigenbericht.) Heute vormittags hat Macdonald im Locarno-Zimmer des Auswärtigen Amtes die Reichskonferenz eröffnet. An ihr nehmen auf englischer Seite alle für Reichsfragen zuständigen Ministerien teil. Die Dominions sind durch ihre Premierminister, ihre Finanz-, Wirtschafts- und Verkehrsminister vertreten.

Die Reichskonferenz wird, wie Macdonald in seiner Eröffnungsrede darlegte, die verfassungsrechtlichen Beziehungen der Dominios zur englischen Krone und zur englischen Regierung, die 1926 neu geregelt wurden, zu kritisieren haben. Die außenpolitischen Verhandlungen werden sich in erster Linie auf den englischen Vorschlag konzentrieren, für die weiteren Abrüstungsverhandlungen in Genf und den Vorbereitenden Ausschuß ein geschlossenes Vorgehen des gesamten Imperiums zu erreichen. Wirtschaftspolitisch wird man bestrebt sein, ohne die so weit von einander abweichende Eigenart der Dominions gewaltsam uniformieren zu wollen, die einzelnen Teile des Reiches einander näher zu bringen.

Strafantrag im Reichswehrprozeß.

Berlin, 1. Oktober. (Eigenbericht.) Im Leipziger Reichswehrprozeß haben heute die Plädoyers begonnen. Der Reichsanwalt beantragte am Schluß seiner Ausführungen gegen alle drei Angeklagten je zwei Jahre sechs Monate Festung wegen Vorbereitung zum Hochverrat, gegen Ludin und Schweringer gleichzeitig Entlassung aus dem Heer. Für den Fall, daß das Gericht die während des Prozesses erfolgten Aussagen über die Ziele der nationalsozialistischen Partei zur Würdigung heranzieht, beantragt der Reichsanwalt die neuerliche Vertagung der Angelegenheit, um noch andere Zeugen über diesen Punkt zu vernehmen und die Denkschrift des Reichsinnenministeriums zur Verlesung zu bringen.

Der Reichsanwalt betonte, daß auf Zuchthaus nicht erkannt werden könne, weil die Angeklagten nicht aus ehrloser Gesinnung heraus gehandelt hätten. Sie hätten, wenn auch aus falschverstandener Vaterlandsliebe, gehandelt. Die einzigen Milderungsgründe seien die Jugend der Angeklagten und die Tatsache, daß ihr Unternehmen im Keime erstickt werden konnte.

Nationalrat aufgelöst.

Verschiebung des sozialdemokratischen Parteitages.

Wien, 1. Oktober. (Eigenbericht.) Das Parlament wurde heute mittels Entschließung des Bundespräsidenten aufgelöst. Der Termin der Neuwahlen wird morgen vom Ständigen Ausschuß im Einvernehmen mit der Regierung, voraussichtlich für den 9. November, festgesetzt werden.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat heute beschlossen, den Parteitag, der für den 31. Oktober nach Graz einberufen war, zu verschieben. Der neue Termin wird erst nach den Wahlen festgesetzt werden.

* *

Aus Leben und Worten eines Innenministers.

Beiträge zum Charakterbild Ernst Rüdiger Starhembergs.

Seit Dienstag ist in Oesterreich der Heimwehr-Fürst Starhemberg Innenminister. Obwohl dieser junge Herr schon seit zwei Jahren das Maul so weit aufreißt, daß man auch außerhalb Oesterreichs genau weiß, mit wem man es da zu tun hat, ist es jetzt doch notwendig, den politischen und sonstigen Charakter eines Mannes näher zu beleuchten, den jetzt die oberste Sorge für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in einem demokratischen Staate anvertraut ist.

Kapp-Putschist und Hitler-Soldat.

Starhemberg selber erklärte in öffentlicher Versammlung:

„Ich habe seinerzeit an dem Putsch in Deutschland lernen können. Ich sage offen, daß ich damals unter Hitler Soldat war und hoffte, daß der Putsch gelingen werde.“

Als Starhemberg Anfang September zum Bundesführer der Heimwehren gewählt wurde, rühmte ihm die „Deutschösterreichische Tageszeitung“ nach:

Ein Sproß eines ruhmreichen Geschlechtes, hat er 1920 als gewöhnlicher Schütze im Freikorps Oberland an den Abwehrkämpfen in Oberschlesien teilgenommen und sich dort durch besondere Tapferkeit ausgezeichnet. Im Jahre 1923 nahm er im Freikorps Oberland an dem Staatsstreichversuch Hitlers in München teil.

Waffenschieber.

Starhemberg unterhält bekanntlich eine Privatarmee, die „Starhemberg-Jäger“, die einen besonderen Eid nicht der Heimwehrbewegung, sondern seiner Person leisten müssen. Anfang August 1929 brach eine von zehn an Herrn Starhemberg nach Schloß Waxenberg adressierten Kisten auf dem Transport in Linz: es stellte sich heraus, daß sie Infanteriemunition enthielt, und daß die Firma Ueblacker in Wien, die die Sendung aufgegeben hatte, wiederholt ähnliche Geschäfte mit Starhemberg gemacht hatte. Eine Hausdurchsuchung auf Schloß Waxenburg blieb ergebnislos. Aber es wurde amtlich mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft gegen Herrn Starhemberg die Untersuchung eingeleitet habe.

Der Diktaturlüsterne als Innenminister!

In dem oben zitierten Blatte schrieb Starhemberg über das Parlament, dem er als Innenminister verantwortlich ist, am 20. April 1929 folgendes:

„Mehr denn je erkennen immer weitere Kreise unseres Volkes, daß mit den Parteien, mit Parlamentarismus und Demokratie die Freiheit nicht erungen werden kann.“

Gegen die demokratische Verfassung und Staatsform.

Im Mai 1930 haben die Heimwehrführer in Korneuburg das vielumstrittene und berüchtigte Fascistengelöbnis abgelegt, in welchem sie der gegenwärtigen Verfassung und Staatsform den schärfsten Kampf ansagen. In mehreren Reden hat sich Herr Starhemberg ausdrücklich und mit Stolz als einer der Urheber des Fascisteneides bekannt. So rühmte er sich in einer Heimwehrversammlung in Wien am 13. Juni:

Was die jüdischen Zeitungen da von einem Konflikt zwischen mir und der Bundesführung faseln, daß mir das Korneuburger Programm zu viel, zu radikal sei, ist alles Quatsch, ist erstunken und erlogen! Ganz im Gegenteil! Zu wenig ist es mir! Daß es überhaupt zu Korneuburg gekommen ist, ist hauptsächlich mein Werk — in bin in Korneuburg Pate gestanden.

Und derselbe Mann, dem der Fascisteneid „zu wenig“ war, hat nun als Minister den Eid auf die demokratische Verfassung der österreichischen Republik abgelegt.

Mit Waffen in der Hand!

Im Frühjahr 1930 hat die Regierung Schober das sogenannte Entwaffnungsgesetz, eine überaus schwächliche Maßnahme, durchgesetzt. Wie stellte sich Herr Starhemberg zu diesem Gesetz, das er nun als Mitglied der Regierung anzuwenden haben wird? Er erklärte in einer Wiener Heimwehrversammlung am 13. Juni:

„Wir messen der Novellierung des § 42 (des Waffenpatents) keine allzu große Bedeutung bei, denn zwischen Gesetz und unserer Entwaffnung liegt noch ein weiter Weg. **Es wird sich kein Heimatwehrmann finden, der sich entwaffnen läßt.“**

Und in einer Versammlung in Amstetten am 29. Juni fügte er hinzu:

„Der Weg zur Entwaffnung führt durch manche Täler und Landstrecken, wo der wehrhafte Geist noch lebendiger ist als in manchen Regierungsgebäuden in Wien.“

Herr von 13 Schlössern und Arbeiter-Ausbeuter.

Herr Starhemberg besitzt nicht weniger als dreizehn Schlösser, und zwar: in Oberösterreich die Schlösser Waxenberg, Auhof, Eferding, Eschelberg, Haus Reichenau, Riedegg und Wildberg; in Niederösterreich die Schlösser Auhof, Freydegg, Hubertenhof, Karlsbach und die Ruine Dürnstein.

Insgesamt hat er an Heimatboden in Niederösterreich 3147 Hektar, in Oberösterreich 5147 Hektar zu schützen. Dafür zahlt der dreizehnfache Schloßherr, der natürlich auch ausgedehnte Forste besitzt, seinen Forstarbeitern nur den halben Kollektivvertragslohn und gibt ihnen weder Urlaub noch Entgelt.

Aus seinen Reden.

Einer Blütenlese der „Arbeiter-Zeitung“ aus den Starhemberg-Reden entnehmen wir folgende „adelige“ Stellen:

„Das österreichische Volk stand 1918 an der Front als hysterische Schmierenkomödianten, Kaffeehausliteraten, volksfremde Raubritter ärgster Sorte und Halunken aus der Großstadt, den Augenblick benützen, um das Volk ehrlos zu machen.“ ... „Mit Verrat und Lüge hat die österreichische Republik angefangen.“ — „Ich frage: „Wollen wir uns von den eingewanderten, verwanzten und verlausten Falotten, von denen man nicht einmal weiß, woher sie stammen, regieren lassen?“ ... „Demagogen, von denen man nicht weiß, ob sie ins Zuchthaus hinter Schloß und Riegel gehören, haben den Augenblick der Kriegsmüdigkeit mißbraucht, um unserem Volke eine Verfassung aufzuzwingen, die aber nichts andres als eine Mißgeburt ist, sie ist das Werk eines rassenfremden Professors Kelsen.“

Die „Arbeiter-Zeitung“ bemerkt, daß sie Herrn Starhemberg nach seiner Heimwehrrede am 10. September 1929, in der er die „marxistischen Bonzen“ verleumdete und beschimpfte, einen fürstlichen Buben und Verleumder nannte, ohne daß sie bisher geklagt worden war.

Ernste Lage in Österreich.

Seitdem gestern an dieser Stelle über Oesterreich geschrieben wurde, ist ein Ereignis eingetreten, das für die Gestaltung der Verhältnisse in Oesterreich von entscheidender Bedeutung werden kann. Die letzten Versuche der Christlichsozialen, die Großdeutschen und Landbündler, welche die bisher herrschende Regierungsmehrheit komplettierten, bei der Stange zu erhalten und Neuwahlen auszuweichen, mißlangen und die Christlichsozialen haben es durchgesetzt, daß ihr Vaugoin mit der Leitung der Regierung betraut wurde, einer Regierung, die nach der Art ihrer Zusammensetzung nichts anderes ist als die Diktatur einer Partei. Ohne die Großdeutschen und Landbündler bilden die Christlichsozialen nur eine Minderheit und sie sind dies auch trotz ihrer Verbindung mit der Heimwehr, die sie nun ganz offen vollzogen haben. Diese Minderheit hat sich nun des gesamten Machtapparates des Staates bemächtigt und Vaugoin hat bei der Zusammenstellung seines Kabinetts keinen Zweifel darüber übrig gelassen, daß sie entschlossen ist, sich dieses Machtapparates auch zu bedienen. Neben dem Prälaten Seipel, diesem zu jeder Schandtat stets entschlossenen und bereiten Pfaffen, hat Vaugoin den Ernst Rüdiger Starhemberg, den gegenwärtigen Führer der Heimwehr, zum Minister des Innern ernennen lassen und zum Justizminister hat er den Salzburger Notar und Gauführer der Heimwehr Dr. Franz Hueber ausersehen.

Es genügt ein Blick auf diese Garnitur, um sich darüber klar zu werden, was sie bedeutet, was beabsichtigt ist und wohin nunmehr der Kurs in Oesterreich geht: mit vollen Segeln in ein fascistisches Regime! Von welchen moralischen Qualitäten dieser Vaugoin ist, darüber bestand auch schon vor seinem Festhalten an dem im Gerichtssaale als mit einer „unsauberen“ und „inkorrekten“ Vergangenheit beglaubigten Herrn Strafella kein Zweifel, ausreichend bekannt ist auch der Keine-Milde-Prälat Seipel, der Inspirator und Förderer der Heimwehr-Mordbanden und den Starhemberg, dessen einzige Befähigung zum Innenminister in der Frechheit zu suchen ist, mit der er dem „Austromarxismus“, das ist der österreichischen Arbeiterbewegung, Tod und Vernichtung ansagt, stellen wir an anderer Stelle vor. Und von dem neuen Justizminister ist nicht mehr zu sagen, als daß er seine Karriere im deutschvölkischen Turnverein gemacht hat und ein Unterläufel des Starhemberg ist, den der Herr Fürst gewissermaßen als Büchsenspanner mitgenommen hat. Das ist im wesentlichen — denn die anderen Kabinettsmitglieder sind nur Staffage und Handlanger — der christlichsozial-fascistische Klüngel, der in Oesterreich zur Herrschaft gelangt ist. Ob es bloß, wie man annimmt, ein „Wahlministerium“ ist, das die Führung der österreichischen Regierungsgeschäfte übernommen hat, bleibt abzuwarten. Jedenfalls können auch schon Wahlen, unter dem Heimwehrterror durchgeführt, zu einem Schlage gegen die Demokratie werden. Aber im Augenblick sind auch viel weitere Befürchtungen nicht von der Hand zu weisen. Wenn nicht alles trügt, so hat es der Fascismus in Oesterreich auf einen Entscheidungskampf gegen die demokratische Verfassung, aber auch gegen die sozialistische Arbeiterbewegung abgesehen. Alle Machtmittel des Staates: Verwaltung, Polizei, Gendarmerie und Bundesheer sind nun in der Hand einiger Heimwehrhäuptlinge vereinigt und daneben stehen ihnen auch noch die Heimwehrbanden zur Disposition. Starhemberg, der Führer der Heimwehr und Innenminister in einer Person — dies allein weist schon mehr als deutlich darauf hin, welcher Weg in Oesterreich beschritten werden soll. Wird er wirklich beschritten, so sind die Folgen unabsehbar.

Alle Parteiorganisationen und andere Körperschaften

die zu dem in der Zeit vom 17. bis 20. Oktober in Teplitz-Schönau stattfindenden Parteitag Delegierte entsenden und die für diese Delegierten Nachtquartier wünschen, werden ersucht, die Bestellung von Nachtquartieren gleich vorzunehmen, damit rechtzeitig ihren Wünschen Rechnung getragen werden kann.

Die Quartierbestellungen sind zu richten an die Adresse:

Richard Lorenz, Kreissekretariat der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönau, Theresiengasse 18.

Eine Zeitlang war die Ursache des Regierungswechsels und des Sturzes Schobers nicht klar ersichtlich. Nach der Ernennung des neuen Kabinetts sind alle Nebel, die über die Hintergründe der letzten Vorgänge gebreitet waren, verflogen. Gestützt auf die durch die Republik deklassierten ehemaligen Machtkreise und die entwurzelten Nutznießer des monarchistischen Regierungssystems soll — das ist seit langem der Plan — eine Systemänderung vorgenommen werden, die einem Vernichtungskampf gegen die Demokratie gleichkommt. Die Reaktion sieht durch die aufsteigende Arbeiterklasse ihre Macht im Staate ernsthaft bedroht und sie sieht den Tag nahen, da die Sozialdemokratie durch die Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung das Schicksal des Staates wirkungsvoll wird gestalten können. In fast allen Ländern vermag daher die Bourgeoisie dem demokratischen Regierungssystem keine Sympathie abzugewinnen, besonders aber in Oesterreich, wo schon bei den Wahlen 42 Prozent der gesamten Wählerschaft sich zur Sozialdemokratie bekannten. Darum arbeitet in Oesterreich alles, was die Arbeiterschaft haßt und was ihren weiteren Aufstieg zu fürchten hat, Klerus, Bourgeoisie, Unternehmertum, an der Organisierung der fascistischen Knüppelgarden. Abenteurer, Aristokraten, abgetakelte Offiziere, pensionierte Soldatenschinder, sie betätigen sich seit Jahren an der Aufzüchtung der Heimwehren und Bankherren wie Industriekapitalisten, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um über die Armut der österreichischen Wirtschaft und ihre eigene zu jammern, lieferten freigebigst die Millionen zur Bezahlung der Heimwehrbanden. Mit Knüppeln, Schlagringen, Revolvern, Gewehren, Maschinengewehren und — wie die „Arbeiter-Zeitung" im Vorjahre durch Dokumente bewiesen hat — auch durch Giftgasbomben soll die „Heimat geschützt", der „Austromarxismus" niedergeschlagen werden, was in nüchterne Sprache übersetzt heißt: der politische Einfluß der Arbeiterklasse, die Stütze, welche die Arbeiter in ihren Gewerkschaften besitzen, sie sollen mit brutaler Gewalt, sei es auch in einem Bürgerkrieg, zerstört, die sozialpolitischen Gesetze der Republik sollen ausgetilgt werden. Schon im Vorjahre rüstete die Reaktion zum Bürgerkrieg und Oesterreich kam nur um eines Haaresbreite an ihm vorbei. Was damals nicht gelang, will sie, wie alle Anzeichen dartun, jetzt versuchen, will durch gesetzwidrige Gewalt die parlamentarische Demokratie vernichten und damit zugleich den Einfluß und die Organisationen der österreichischen Arbeiterschaft. Ob die ans Ruder gelangten Gewaltmenschen die Entscheidung über das gegenwärtige und künftige Regierungssystem von dem Ausfall der für den 9. November anberaumten Parlamentswahlen abhängig zu machen geneigt sein werden, kann mindestens als fraglich angesehen werden.

Auch wenn die schlimmsten Befürchtungen nicht zutreffen sollten und Oesterreich das traurige Schicksal erspart bleibt, das ihm die klerikal-fascistische Reaktion bereiten will, so stehen der österreichischen Arbeiterschaft in jedem Falle schwere Kämpfe bevor, vielleicht die schwersten, die sie bisher zu bestehen hatte. Es geht gegen die Absicht der Etablierung eines Regimes der fascistischen Tyrannei, für die Bewahrung der Demokratie und der Republik. Jeder Schlag des Herzens der sozialistischen Arbeiter aller Länder gilt in diesem gefahrenschwangeren Augenblick ihren österreichischen Genossen und Brüdern und sie vereinigen sich in der Hoffnung, es möge der tapferen, prächtigen Sozialdemokratie Oesterreichs gelingen, die Gewaltabsichten ihrer Todfeinde zuschanden zu machen!

Kelloggpakt macht in Genf Kopfzerbrechen.

Angleichung des Völkerbundpaktes auf ein Jahr vertagt.

Genf, 1. Oktober. Der Unterausschuß der ersten Kommission, der die Schwierigkeiten beseitigen sollte, die bei den Anträgen betreffend die Angleichung des Völkerbundpaktes an den Kellggpakt aufgetaucht sind und die hauptsächlich Einwendungen gegen die Erweiterung der Sanktionen betrafen, beriet von 18 Uhr bis 21 Uhr. Trotz aller Bemühungen und Drängens insbesondere von seiten des britischen Vertreters Lord Cecil gelang es nicht, die Widersprüche zu beseitigen. Es wurde hierauf beschlossen, der Völkerbundversammlung zu empfehlen, die Frage der Harmonisierung beider Pakte wegen der großen Kompliziertheit der Fragen, die sich bei der Durchberatung des Problems zeigten, um ein Jahr zu vertagen.

Die gesamte Angelegenheit wird neuerlich an die Regierungen abgetreten werden, damit diese ihre Standpunkte präzisieren, worauf dann die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Völkerbundes im Jahre 1931 gesetzt werden wird.

Verwaltungsgericht gegen Frick

Berlin, 1. Oktober. (Eigenbericht.) Das Verbot, das in Jena auf Veranlassung des hakenkreuzlerischen Innenministers Frick gegen die Aufführung des Stückes „§ 218" erlassen worden war, wurde heute durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Jena aufgehoben. Die Kosten des gesamten Verfahrens wurden dem thüringischen Innenministerium auferlegt. Da ist zum erstenmal in Thüringen selbst von dem höchsten Verwaltungsgericht gegen den Innenminister entschieden worden. In der Begründung des Urteiles heißt es: Die Diskussion über den § 218 (Fruchtabtreibung) wird heute auch von ernsten Kreisen in breitester Oeffentlichkeit geführt, wie auch aus der neuesten Nummer des „Deutschen Aerzteblattes" hervorgeht. Daß durch die Aufführung öffentliches Aergernis erregt werden könnte, sei auch nicht anzunehmen, nachdem, wie die Kläger unwidersprochen festgestellt hätten, bei den öffentlichen Vorstellungen in über 200 größeren und kleineren Städten Deutschlands keine entsprechende Reaktion im Publikum erkennbar geworden sei.

Böß kommt mit einer Geldstrafe davon.

Berlin, 1. Oktober. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat in der Angelegenheit des Oberbürgermeisters Böß das Oberverwaltungsgericht folgendes Urteil gefällt: Die Entscheidung des Bezirksausschusses Berlin vom 20. Mai 1930 wird dahin abgeändert, daß der Angeschuldigte mit einer Geldbuße in der Höhe seines derzeitigen einmonatigen Diensteinkommens bestraft wird. Die baren Auslagen der Berufungsinstanz fallen dem Angeschuldigten zur Last.

Der neue Sekretär der Gewerkschaftsinternationale.

Amsterdam, 30. September. Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes hielt heute eine Sitzung ab, an der auch der Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Dr. Friedrich Adler, teilnahm. Das Büro wählte auf Vorschlag mehrerer Länder den bisherigen Untersekretär Schevenels einstimmig zum Generalsekretär. Bis zum 1. Dezember sollen die Landeszentralen Vorschläge für die Wahl eines neuen Untersekretärs einreichen und diese Wahl soll in der Vorstandssitzung im Dezember erfolgen. Der bisherige Generalsekretär Johann Sassenbach erklärte sich auf dringenden Wunsch bereit, seine Funktion noch bis Neujahr weiterzuführen.

Das Büro beschloß ferner die Unterstützung schwacher Landeszentralen, wobei vorläufig auch die neugebildete indische Gewerkschaftszentrale berücksichtigt werden soll. In der zweiten Hälfte 1931 soll eine gewerkschaftliche Balkankonferenz in einem noch zu bestimmenden Ort abgehalten werden.

Zu dem auf dem Internationalen Kongreß in Stockholm beschlossenen Wirtschaftsprogramm sprach sich das Büro grundsätzlich für die Zusammenarbeit zwischen J. G. B. und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale aus.

Es soll eine gemeinsame Kommission für Wirtschaftsfragen gebildet werden, um für die Zukunft Widersprüche zwischen den Instruktionen beider Körperschaften zu vermeiden. Die gemeinsamen Beratungen sollen unter anderm auch eine Beeinflussung der Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes ermöglichen.

Steinwürfe als Argumente.

Hamburg, 1. Oktober. (Wolff.) In der Wohnung des Generalkonsuls von Jugoslavien wurden gestern nachts mehrere Fensterscheiben eingeworfen. Drei zwanzigjährige Burschen, die der Tat verdächtig sind, konnten festgenommen werden. Wie aus Schriften, die am Tatort vorgefunden wurden, hervorgeht, handelt es sich anscheinend um eine kommunistische Demonstration.

Die Lohnauszahlung der Bergarbeiter im Ostrauer Revier.

Die Berghauptmannschaft Brünn entscheidet für die Unternehmer.

Wie bekannt, hat das Revierbergamt in Mährisch-Ostrau in dem Streit um die vierzehntägige Lohnauszahlung im Bergbau im Interesse der Unternehmer entschieden und sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Einführung der Monatszahlung nicht im Widerspruch zum Gesetz aus dem Jahre 1912 steht, welches bestimmt, daß die Löhne im Kohlenbergbau wenigstens vierzehntägig gezahlt werden müssen. Die Betriebsräte haben gegen diese Entscheidung Berufung an die Berghauptmannschaft in Brünn eingelegt und der Ausbruch eines offenen Konflikts wurde seinerzeit dadurch verhindert, daß das Revierbergamt in Mährisch-Ostrau dem Einspruch der Betriebsräte aufschiebende Wirkung zubilligte. Die Berghauptmannschaft in Brünn hat nun in gleicher Weise entschieden wie das Revierbergamt in Mährisch-Ostrau, wodurch die Möglichkeit einer kritischen Situation im Ostrauer Bergbau gegeben ist.

Das böhmische Landesbudget.

Fertigstellung der Vorlage im Landesausschuß.

Der böhmische Landesausschuß befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der endgültigen Formulierung des Budgets so wie es der Landesvertretung vorgelegt werden soll. Die Landesfinanzkommission hatte bekanntlich ein Budget zusammengestellt, das ein Defizit von 12.8 Millionen Kronen aufwies. Zunächst stellten die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten den Antrag, die staatlichen Ueberweisungen so hoch anzusetzen, daß das Budget im Gleichgewicht sich befindet. Der Landesausschuß beschloß zwar, der Landesvertretung eine Entschließung vorzulegen, in der für das Land Böhmen entsprechend seiner Steuerstärke höhere Ueberweisungen verlangt werden, die Mehrheit der Landesausschußmitglieder aber einigte sich dahin, ein defizitloses Budget zusammenzustellen. Das geschah dadurch, daß auf der Ausgabenseite bei der Post „Uneinbringliche Verpflegskosten" 1.8 Millionen gestrichen wurden, während auf der Einnahmenseite die Landesbierabgabe um eine Million höher präliminiert wird. Dadurch blieb noch ein Defizit von zehn Millionen K übrig, das dadurch gedeckt werden soll, daß der Landeszuschlag zur Vergnügungsabgabe bei Eintrittskarten nicht von zehn Kronen aufwärts, wie es die Landesfinanzkommission beschloß, sondern schon von fünf Kronen aufwärts zu erheben sei.

Eine tschechische Minderheit gegen die Prager Krawalle.

Die Ortsgruppe der „Národni jednota severočeska" Rumburg - Warnsdorf hat am am 28. September unter Teilnahme von Vertretern der Minderheiten aus dem Schluckenauer Gebiet eine Sitzung abgehalten, in der folgende Entschließung gefaßt wurde:

> Wir protestieren entschieden gegen die Art der letzten Prager Demonstrationen. Wir stellen fest, daß diese Demonstrationen das nationale Gefühl der tschechischen Minderheiten beleidigt. Wir verurteilen diese Art als untschechisch und den ehrlichen Bestrebungen der notwendigen nationalen Arbeit schädlich.

Diese Entschließung einer tschechischen Minderheit in Nordböhmen ist jedenfalls beachtenswert.

Die Stadt der Sterbenden.

Wir finden im „Hamburger Echo" folgende erschütternde Darstellung seines Wi.-Ha.-Berichterstatters über das Sterben der Joachimsthaler Bergleute an der gefürchteten „Bergkrankheit", auf die auch Genossin Blanny wiederholt die Aufmerksamkeit des Parlaments gelenkt hat. Anläßlich der Budgetberatung wird neuerdings mit aller Entschiedenheit darauf gedrängt werden müssen, daß das Gesundheitsministerium endlich einmal den bekannten Forderungen der Joachimsthaler Bergleute Rechnung trägt!

Es ist ein ganz reizendes Städtchen, das sich unserm Auge darbietet. Die Häuser im typisch erzgebirgischen Stile. Ganz wie auf der sächsischen Seite des Erzgebirges. Alles freundlich, viele frischgetünchte Häuschen. Und große Liebe zu den Blumen haben die Menschen alle. Kein Fenster, das nicht Blumen schmückten, sei das Haus auch noch so ärmlich, fehlen auch an so manchen Fenstern Gardinen und Vorhänge — weil kein Geld dazu da ist. Die Menschen freundlich und höflich. Alle sprechen sie deutsch. Und in diesem heimlichen Orte lauert das Unheil, der frühe Tod? Man kann und will es nicht glauben. Und doch wird uns bald Bestätigung.

Joachimsthal ist eine Quelle des Goldes für die neuen Machthaber in der Tschechoslowakei. Hier befinden sich nämlich die staatlichen Gruben, in denen die stark radiumhaltige Pechblende gebrochen wird. Was aber Radium für uns alle bedeutet, weiß jeder. Es kommt nur an wenigen Stellen der Erde in solchen Mengen vor, daß eine Ausbeute überhaupt lohnend ist. Ein Gramm ist bereits eine Riesenmenge, die kaum aufzutreiben ist. Die Heilwirkungen aber auch der kleinsten Menge schon sind gewaltig. Im Kampfe gegen den furchtbarsten Feind unseres Zeitalters, den Krebs, leistet Radium unschätzbare Dienste. Ueberall steigt die Nachfrage. Naturgemäß steigt auch der Preis. Also eine lohnende Sache für die Republik da drüben. Aber eine Kehrseite hat die Gewinnung der Pechblende. Sie ist ein Bergmannsschrecken, gegen den die schlagenden Wetter eine Kleinigkeit sind. Die Arbeit in diesen Gruben bedeutet ebenso wie diejenige an der Gewinnung des Radiums aus der Pechblende für alle damit beschäftigten Personen bei längerer Dauer den sicheren Tod!

Alle Bergleute der staatlichen Radiumgruben sterben im Alter von 26 bis 40 Jahren! Was nützen ihnen die statistischen Ergebnisse, wonach das Durchschnittsalter des Europäers im ständigen Steigen begriffen ist? Ihr Leben ist vorgeschrieben. Kurze Dauer bei schwerster Arbeit. Freudearm. Jeder Tag nähert ihren Körper dem Friedhofe um ein gutes Stück. Viele, die meisten, haben ja noch einige Monate gute Nahrung und Ruhe im Spital, ehe sie die letzte Fahrt antreten, zu der ihnen niemand Glückauf! zuruft. Aber ihr Zustand ist dann schon so, daß sie die Annehmlichkeiten der letzten Lebenstage nicht mehr wahrnehmen können, nicht zu genießen vermögen. Apathie, völlige Teilnahmslosigkeit hüllt sie ein und macht ihnen das Sterben leichter.

Es ist unmöglich, daß ein Bergmann länger als 10 bis 15 Jahre in diesen Gruben arbeitet. Alle bisher angewandten Schutzmittel und Schutzvorrichtungen haben versagt und werden wahrscheinlich weiter versagen. Verschiedene Parlamentarier haben durch das Parlament die Augen der Welt auf diese furchtbare Tatsache gelenkt. Sie regten an, die Regierung möge nach besseren, wissenschaftlich erprobten Hilfsmitteln Umschau halten. Weiter sollten ihren Vorschlägen zufolge die Löhne der in der Radiumgewinnung beschäftigten Arbeiter usw. erheblich aufgebessert werden. Schließlich sei es nötig, die jetzt im Dienste stehenden Leute nach 10 bis 15 Jahren mit ausreichender Pension in den Ruhestand zu entlassen. Diese Vorschläge lassen sich hören. Wir fragen einige Bergleute, ob Aenderungen seit diesen Anregungen eingetreten seien. Sie schütteln lächelnd den Kopf oder zucken resigniert die Schultern, je nach Temperament. Sie hätten nichts bemerkt. Ja, Kommissionen seien einige Male dagewiesen, hätten eine Menge Papier vollgeschrieben und eine noch größere Menge Fragen gestellt. Aber es sei alles noch wie früher. Jede Woche gehen einige ab ins Spital, und einige werden mit bergmännischen Ehren begraben.

Wir fragen: Warum bleibt Ihr bei dieser Arbeit? Diese Frage verstehen sie gar nicht. Der Urgroßvater und der Großvater waren in der Grube, und der Vater starb mit 40 Jahren. Damals hatte man die Arbeit gerade als Junge begonnen. Na, und Arbeitsmöglichkeiten gibt's in der Tschechoslowakei auch nicht viel mehr als anderswo. Also bleibt man. Es könnte ja auch sein, daß man Glück hat und länger aushält. Gegen diesen Fatalismus ist wenig zu sagen. Aber um so mehr gegen die Gleichgültigkeit der staatlichen Stellen. Es muß möglich sein, die Leute ausreichend zu bezahlen. Jetzt fehlt ja ihrem kurzen Leben alle Sonne außer der, die kostenlos vom Himmel kommt. Fleischgenuß so gut wie unbekannt. Das Bier ist billig, aber Kraft gibt es auch nicht. Brot und Kartoffeln, viel Mehlsuppen, damit der Magen das Gefühl der Fülle hat. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Menschen aus dem Werk aussehen wie mit Bleifarbe angestrichen. Es muß weiter möglich sein, einen jährlichen bezahlten Urlaub von einem Vierteljahre zu gewähren. Nach der Meinung von Fachärzten würde dies die Lebensdauer nicht unwesentlich erhöhen. Die Schutzmaßnahmen sind sicher zu verbessern, wenn auch in dieser Hinsicht eine einschneidende Besserung kaum möglich sein wird. Denn — alle Radiologen, darunter Aerzte, die es bestimmt nicht an Vorsicht fehlen lassen, büßen früher oder später Glieder ein und sterben endlich eines elenden Todes. Ein Schutz also, der Fachleuten selbst der eigenen Person gegenüber unmöglich ist, wird auch der Arbeiterschaft gegenüber nicht befriedigend durchzuführen sein.

Ich hatte angenommen, daß die Erkrankung in ähnlicher Weise eintreten würde wie die Radiumverbrennungen bekannter Forscher. Glieder fallen ab, krebsartige Zellenentartungen treten auf, schließlich tritt der Tod durch Entkräftigung ein. Die Geschwürbildungen sollen hier seltener sein. Der ganze Körper wird in Mitleidenschaft gezogen. Das Blut wird weißblütig, also eine Art Leukämie tritt ein. Die Bewegungen werden schleppend und langsam. Die Atmung ist kurz und stoßweise. Das Herz macht nicht mehr mit. Müde sind die kranken Menschen alle. Bis sie den letzten Schlaf tun.

Sollen wir deshalb Joachimsthal meiden? Keinesfalls. So notwendig es ist, die Orte auf deutschem Gebiete zu bevorzugen, die schwer unter der Not der Zeit zu leiden haben, so notwendig ist es auch, den Deutschen Joachimsthals zu zeigen, daß wir sie nicht vergessen. Sie brauchen unser Geld sehr nötig, um ihr karges Dasein aufzubessern. Und schön ist die Stadt über alle Maßen.

Anträge zum Parteitag.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung „Berichte".

1. Antrag der Kreisorganisation Teplitz.

Der Parteitag wolle beschließen: Die redaktionelle und drucktechnische Fertigstellung der „Freundschaft" und „Gleichheit" hat so zu erfolgen, daß die Zeitschriften spätestens am 1. eines jeden Monates für den beginnenden Monat im Besitze der Adressaten, Lokal- oder Bezirksorganisationen, sind.

Begründung: Bis jetzt sollte die „Freundschaft" am 20. für den folgenden und die „Gleichheit" am 15. für den laufenden Monat erscheinen. Die zeitlich getrennte Herausgabe der beiden Monatsschriften hat — ganz abgesehen davon, daß auch diese Termine sehr selten eingehalten wurden, was besonders bei Veranstaltungen und Ereignissen (Frauentag und Bundesturnfest) unangenehm empfunden wurde — absolut keinen Vorteil, weil der Subkassier der Lokalorganisation die Mitglieder nur höchstens einmal im Monat aufsucht und demzufolge eine der beiden Schriften bis zur Erscheinung der anderen Zeitung liegen läßt. Durch die Annahme und strikte Durchführung dieses Antrages soll erreicht werden, daß der Kassier die Beiträge am Anfang des Monates einheben und mit der Markenquittierung des Parteibeitrages die Monatsschrift übergeben kann. Die Mitglieder werden dann regelmäßig die Zeitungen erhalten und die Kassiere in der präzisen Erscheinungsform die Verpflichtung erblicken, die Kassierung nach dem 1. eines jeden Monates vorzunehmen.

2. Antrag der Lokalorganisation Tischau.

Der Parteitag wolle der Redaktion unserer Parteizeitschriften auftragen, künftighin den monatlichen „Freundschafts"-Heften eine Ecke der ernsten Kunst, Musik und Wissenschaft zu widmen, welche mit Erläuterungen und Einführungen über Opern, Operetten, Schauspiele und Symphonien ausgefüllt wird, damit den Mitgliedern der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Gelegenheit geboten wird, bevor sie derartige Veranstaltungen besuchen, sich mit der Materie jedes einzelnen Stückes vertraut zu machen bezw. sich die Grundidee eines jeden einzelnen Stückes aneignen zu können.

Begründung: Gerade so wie Erläuterungen über Bücher und Filme, so sollen auch Erläuterungen über Opern (siehe Rienzi u. a.), Schauspiele (siehe Tell u. a.), Symphonien (siehe Beethovens 9. u. a.), große Chorwerke (siehe Haydns) wiedergegeben werden, damit der Arbeiter sich mit der Zeit auch dort den Platz erwirbt, der bisher nur das Privileg der Bürgerklasse war. Es ist außerordentlich notwendig, den Arbeiter in dieses Gebiet langsam aber stetig einzuführen, damit er die Welt auch von anderer, bisher ihm unbekannter, Seite kennen lernt. Hauptsächlich kommt es darauf an, den Leser aufmerksam zu machen, aus welchem Grunde heraus der einzelne Autor bezw. Komponist dazu kam, derartige revolutionäre Bühnen- und Musikwerke in der damaligen Zeit zu schaffen.

Gerade in Teplitz mit seinem für eine Provinzstadt großen Theater (auch in anderen Bezirksstädten) bietet sich die Gelegenheit, im Anschlusse an den jeweiligen Spielplan des Stadttheaters Einführungen und Erläuterungen zu bringen, um den bis dato nur von der Bürgerklasse beherrschten Boden auch für die Arbeiterschaft fruchtbar zu machen.

Schon bei den früher, hauptsächlich nach dem Umsturze veranstalteten Arbeitervorstellungen wurden Versuche, zwar nur in der „Freiheit", gemacht, die sich jedoch sehr gut bewährten. Wir heben hervor, daß damals der einzelne Arbeiter viel lieber ins Theater oder Symphoniekonzert ging, als derzeit, zumal er schon vor jeder Aufführung genau wußte, welcher Handlungsstoff dem jeweiligen Stücke zu Grunde lag. Es ist bei der heutigen Wirtschaftslage nicht jedem Arbeiter möglich, sich außer den Eintrittspreis auch noch die diversen Einführungshefte für Opern, Operetten, Schauspiele, Symphonien und Chorwerke zu kaufen und daher kommt es sehr oft vor, daß derselbe lieber auf das Dargebotene verzichtet, zumal er eine Oper oder Symphonie ohne vorherige Einführung nicht versteht und auch nicht verstehen kann, wenn er an und für sich nicht mit der geschichtlichen Grund-Idee eines jeden einzelnen Stückes vertraut ist.

*

Zu Punkt 3 der Tagesordnung „Die wirtschaftliche und politische Lage der Arbeiterklasse".

1. Antrag der Lokalorganisation Turn:

Der Parteitag fordert den Klub der Abgeordneten und Senatoren auf, bei der Reform der Gemeindefinanzen dahin zu wirken, daß den Gemeinden die notwendigen Mittel zur Bestreitung der Gemeindewirtschaft beigestellt werden.

Bei dieser Reform muß dahin gewirkt werden, daß die schwere Belastung der kleinen Mieter durch die kommunalen Abgaben (Mietzinsabgabe, Kanalabgabe und außerordentlicher Wasserzins) gemildert wird. Insbesondere ist dahin zu wirken, daß die Mietzinse bis 1200 K und Wohnungen bis 2 Zimmer und Küche von jeder Abgabe vollständig befreit bleiben; für höhere Zinse soll eine erträglichere Staffelung, als bisher in Geltung ist, eingeführt werden.

2. Antrag des Verbandes der öffentlichen Angestellten (Sitz Reichenberg).

Der Parteitag möge beschließen:

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren und der Vertreter der Partei in der Regierung werden ersucht, zu bewirken, daß die Regierung endlich daran schreiten möge, die Gesetze über die Gemeinde- und Bezirksbediensteten Nr. 16 und 17 vom Jahre 1920 zu novellieren. Insbesondere wird beantragt, eine diesbezügliche vom Senate beschlossene Resolution zu verwirklichen, und zwar dadurch, daß die Novellierung der Gesetze vom 17. Dezember 1919, Slg. Nr. 16 und 17 ex 1920, als dringende Notwendigkeit in das Arbeitsprogramm der Regierung aufgenommen werden möge.

Begründung: Die Gesetze vom 17. Dezember 1919, Sammlung Nr. 16 und 17 vom Jahre 1920, mit welchen die Dienstverhältnisse der Gemeinde- und Bezirksbediensteten geregelt wurden, wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit beschlossen. Sie entstammen also einer Zeitperiode, in welcher die wirtschaftliche Entwicklung des jungen Staates nicht vorausgesehen werden konnte. War aber die Festsetzung der nicht abbaufähigen Bezüge auf einer im Verhältnisse zu den Gesamtbezügen niedrigen Basis durch die Verhältnisse gerechtfertigt, so standen zur Zeit der Schaffung der Gesetze die für die Betroffenen darin fixierten Gesamtbezüge schon in krassem Widerspruche mit ihren Bedürfnissen. Denn weder mit dem überhaupt erreichbaren Höchstbezug von 6800 K jährlich, geschweige denn mit dem niedrigsten Anfangsbezuge von 1800 K jährlich, d. s. 150 K monatlich, war es den Bediensteten möglich, auch nur die notwendigsten Bedürfnisse für sich und ihre Familien zu decken. Wenn zur Zeit der Schaffung dieser Gesetze auch nicht die abbaufähigen Bezüge der Staatsangestellten nur einen Bruchteil ihrer Gesamtbezüge bildeten, so waren die letzteren, ganz abgesehen davon, daß sie nach sozialen Grundsätzen je nach der Kopfzahl der Familie der Angestellten abgestuft waren, je nach der Dienstzeit um ein Mehrfaches höher als jene, die in den beiden Gesetzen normiert sind. Die Aktivitäts- und Pensionsbezüge der Staatsbediensteten wurden nun seither mit der fortschreitenden Stabilisierung der Valuta neu geregelt und so gruppiert, daß die abbaufähigen Bezüge derzeit nur einen geringen Bruchteil ihrer Gesamtbezüge ausmachen. Auch die Pensionsansprüche der Privatangestellten wurden in jüngster Zeit neu geregelt und stabilisiert. Nur die in den beiden Gesetzen für die Gemeinde- und Bezirksbediensteten normierten Bezüge haben, wenn von der Erhöhung der Teuerungszulage um 50 Prozent für das Jahr 1922 abgesehen wird, eine Aenderung noch nicht erfahren. Wohl war dieses Unrecht den maßgebenden Kreisen nicht unbekannt. Schon im Jahre 1921 waren durch das Gesetz 289/1921 den Gemeinde- und Bezirksbediensteten jene Teuerungszulagen und Aushilfen zuerkannt, wie sie die Staatsbediensteten bezogen. Dies hätte die Erhöhung ihrer Bezüge um ein Mehrfaches bedeutet. Dieses Gesetz jedoch wurde, ohne daß es Wirksamkeit erlangt hätte, einfach annulliert. Auch sonst wurden seither schon mehrere Gesetzentwürfe über die Neuregelung der Verhältnisse der Gemeinde- und Bezirksbediensteten eingebracht, doch auch diese blieben ohne praktischen Erfolg.

So besteht bis auf den heutigen Tag die den wirtschaftlichen Verhältnissen hohnsprechende Tatsache, daß durch Gesetze öffentlichen Organen als Mindesteinkommen nur ein Bruchteil des Lohnes des niedrigst qualifizierten Arbeiters garantiert ist. So sind die Bezüge eines Anfängers in einer Gemeinde unter 2000 Einwohnern mit 1800 K jährlich oder 150 K monatlich oder bei der 48stündigen Arbeitswoche 72 Heller stündlich festgesetzt. Ein Angestellter einer solchen Gemeinde würde nach dem Gesetze überhaupt nur einen Gehalt von 4080 K jährlich erreichen, was einem Stundenlohne von 1.63 K entspricht und dies erst nach 24 Dienstjahren. Der erreichbare Maximalbezug nach diesen Gesetzen überhaupt beziffert sich in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern und nach 24jähriger Dienstzeit für einen Angestellten auf 6800 K jährlich, was einem Stundenlohne von 2.76 K, also jenem eines Maurerlehrlings im 2. Lehrjahre gleichkommt. Diese direkt lächerlichen Bezüge werden auch noch in einer Zeit aufrecht erhalten, in welcher der normale Bedarf einer vierköpfigen Familie mit mehr als 200 K wöchentlich offiziell errechnet ist und eine kleine Wohnung in neuen Häusern mindestens 3000 K jährlich Miete kostet. Dabei haben diese bedauernswerten Angestellten öffentliches Gut zu betreuen, sollen absolut treu, verläßlich und unbestechlich und für ihre Mitmenschen eigentlich vorbildlich sein.

Stehen die Aktivitätsbezüge mit dem Preisindex der täglichen Bedarfsgegenstände schon in direktem Widerspruche, so bewegen sich die Ruhe- und Versorgungsgenüsse in direkt unerhört niedrigen Bahnen. So beziffert sich der Anspruch eines Angestellten in einer Gemeinde unter 2000 Einwohnern und bei einer Dienstzeit von 10 Jahren auf ganze 792 K jährlich. Wird dem die Tatsache gegenübergestellt, daß derselbe Angestellte nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter 1362 K jährlich, also um 430 K jährlich mehr als nach den Normen der Gesetze Nr. 16 und 17 ex 1920 zu beanspruchen hätte, so ist wohl zur Genüge dargetan, daß die in diesen Gesetzen fixierten Ruhe- und Versorgungsgenüsse nicht als „Pensionen", sondern esten Falles als „Almosen" zu bezeichnen wären.

Daß unter solchen Verhältnissen die Moral der Gemeinde- und Bezirksbediensteten schwer leidet, besser qualifizierte Kräfte, deren die öffentliche Verwaltung dringend bedürfte, diesen Dienst meiden, die Bezirksstraßen verwahrlosen müssen, ist ebenso selbstverständlich wie, daß diese Uebelstände dringende und unaufschiebbarer Abhilfe bedürfen. Wir erinnern daran, daß schon anläßlich der Beratung des Gesetzes über die Organisation der politischen Verwaltung der Senat folgende Resolution beschlossen hat:

„Die Regierung wird aufgefordert, der Nationalversammlung einen Antrag auf Abänderung des Gesetzes vom 17. Dezember 1919, Slg. Nr. 16 ex 1920 vorzulegen, und zwar in dem Sinne, daß zur Regelung der Minimalbezüge der Angestellten in den Landgemeinden mit entsprechend größerer Einwohnerzahl geschritten werde."

Gleichzeitig forderte der Senat als eine unaufschiebbare Notwendigkeit: „Die umgehende Novellierung der Gesetze Nr. 16 und 17 ex 1920 in dem Sinne, daß die Gemeinde- und Bezirksbediensteten hinsichtlich ihrer Ansprüche auf Dienstbezüge, Ruhe- und Versorgungsgenüsse den Staatsbediensteten in gleicher Dienststellung gleichgestellt werden."

3. Antrag der Bezirksorganisation Plan.

Der Parteitag wolle zum Ausdruck bringen, daß die Abgeordneten und Senatoren als eine der dringendsten Aufgaben die Beseitigung der Schande der Ueberaltertenfürsorge betrachten und eine Verbesserung des Gesetzes in der Richtung anstreben, daß neben der vollen staatlichen Rente auch die Armenunterstützung durch die Gemeinden ausgezahlt wird. Es wäre zu trachten, daß die Gemeinden ihre bisherigen Leistungen für die Ueberalterten über den vom Staate gezahlten Betrag hinaus aufrecht erhalten können, auch wenn sie eine Dotation aus dem Ausgleichsfonds ansprechen, bezw. daß die betreffende Ausgabspost im Voranschlag nicht gestrichen wird.

4. Antrag der Bezirksorganisation Prag.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale die Initiative zu ergreifen und dahin zu wirken, daß ihre Tätigkeit mehr als bisher auf die politischen und ökonomischen Regionalprobleme Zentral- und Südosteuropas ausgedehnt wird.

Begründung: Die Friedenspolitik der Sozialistischen Arbeiter-Internationale war bisher vorwiegend auf die Wiederannäherung der großen Kriegsvölker im europäischen Westen konzentriert. Die Räumung des Rheinlandes war der erste große Erfolg sozialdemokratischer Zusammenarbeit in der europäischen Außenpolitik. Die inzwischen vollzogene Räumung hat zwar die internationalen Spannungen gemildert, aber nicht beseitigt. Im zentralen und südöstlichen Sektor Europas haben die provokativen Methoden des italienischen Fascismus und die habsburgischen Restaurationspläne in Ungarn eine Verschärfung der außenpolitischen Gegensätze verursacht. Der Stand der Dinge nicht nur in diesen Ländern, sondern auch in Jugoslawien, Rumänien, Polen und Oesterreich erfordert es, daß gegen die faszistisch-monarchistischen Expansionspläne eine sozialistische Gegenoffensive auf breitester Front eingeleitet wird. Wenn die von politischer Unsicherheit und wirtschaftlicher Not gepeinigten Völker dieser Zone nicht das Opfer reaktionärer Verheißungen werden sollen, dann müssen ihnen durch eine intensive Kooperation der beteiligten sozialdemokratischen Parteien unter geistiger Führung der sozialistischen Arbeiter-Internationale neue Perspektiven für höhere Formen des politischen Zusammenlebens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gegeben werden. Vor allem ist notwendig, daß die reichen Bemühungen des Sekretariats der Arbeiter-Internationale auf diesem Gebiete künftig im engsten Kontakt mit der Arbeiteröffentlichkeit der betreffenden Länder fortgesetzt werden.

*

Zu Punkt 4 der Tagesordnung „Der Kampf um unsere politischen und kulturellen Forderungen".

1. Antrag des Arbeiterabstinentenbundes

Der Parteitag beschließt:

Die Fraktion der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf betreffend die Unklagbarkeit der Zechschulden im Parlament einzubringen.

2. Antrag II des Arbeiterabstinentenbundes.

Der Parteitag beschließt:

Die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus und im Senat wird aufgefordert, ihren ganzen Einfluß gegen jede Verlängerung der Sperrstunde einzubringen. Die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden werden aufgefordert, in ihrem Wirkungskreise überall für die Einhaltung der Sperrstunde zu wirken.

3. Antrag III. des Arbeiterabstinentenbundes.

Der Parteitag beschließt:

Die Fraktion der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten wird ersucht, den von Genossen Dr. Holitscher im Jahre 1926 vorgelegten Antrag bezüglich der Reform der Schankgesetzgebung und der Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes im Parlamente neuerlich einzubringen.

4. Antrag der Bezirksorganisation Graslitz.

Durch die parlamentarische Vertretung unserer Partei sind Schritte zur ehesten Beseitigung oder mindestens durchgreifenden Novellierung des Gesetzes über die Verwaltungsreform und des Gesetzes über die Regelung der Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper zu unternehmen.

Begründung: Was die Sozialdemokraten in normaler Zeit bei der Beratung der genannten Gesetze vorausgesagt haben, ist in der Zeit der furchtbarsten Wirtschaftskrise im überaus verschärften Maße Wirklichkeit geworden. Verwaltungsreform und Finanzwirtschaftsgesetz beschneiden die Autonomie der Selbstverwaltungskörper in unerträglicher Weise. Dazu kommt noch, daß besonders durch die Verwaltungsreform eine Diktatur der Bürokraten aufgerichtet wurde. Selbstherrliche Beamte finden in den Paragraphen der Verwaltungsreform eine Stütze ihrer Willkür. Diese Gesetze und ihre Durchführungsorgane werden, so, — besonders für die von der Wirtschaftskrise am schwersten betroffenen Gebiete — zu einer furchtbaren Geißel. Ihre Beseitigung ist daher ein dringendes Gebot der Stunde.

5. Antrag der Lokalorganisation Brünn.

Die Parteileitung wird aufgefordert, bei künftig stattfindenden Luftmanövern gleichzeitig einen Aufklärungs- und Propagandafeldzug nicht nur durch die Presse, sondern auch durch Versammlungsaktionen und Flugblätter zu veranstalten.

*

Zu Punkt 5 der Tagesordnung „Aenderungen des Organisationsstatutes".

1. Antrag der Lokalorganisation Biela bei Bodenbach.

Der Parteitag wolle beschließen, das Existenzminimum betreffend der Maispende auf 1500 K pro Monat festzulegen.

Begründung: Der größte Prozentsatz von Genossen und Genossinnen gehört sämtlichen Kultur- sowie Sportorganisationen an und außerdem muß der Mann für den Beitrag der Frau aufkommen.

2. Antrag der Lokalorganisation Kopitz.

Der Parteitag möge beschließen, einen Rechtsschutzfonds einzuführen, damit allen jenen Genossen, welche in irgend einen Rechtsstreit verwickelt werden, weil sie die Interessen der Partei vertreten haben, unentgeltliche Rechtshilfe geleistet werden kann.

Zur Bedeckung des erforderlichen Aufwandes möge der Parteitag beschließen, alljährlich im ersten Berichtsmonat von jedem Parteimitglied um eine Krone mehr einzuheben. Ferner soll jede Bezirksorganisation von ihrem Beitragsanteil zwanzig Heller pro Monat und Mitglied für diesen Zweck bereitstellen.

3. Antrag des Arbeiter-Abstinentenbundes:

Der Parteitag wolle beschließen, daß dem Arbeiter-Abstinentenbunde das Recht eingeräumt wird, einen Delegierten zum Parteitag zu entsenden. Der Delegierte muß Parteimitglied sein. In der gleichen Weise und unter gleichen Bedingungen wird dem Arbeiter-Abstinentenbunde das Delegierungsrecht bei allen Unterstellen der Partei (Kreis, Bezirk) und in den neuzuschaffenden Erzieherstellen (Reich, Kreis, Bezirk, Ort) eingeräumt.

Begründung: Der Arbeiter-Abstinentenbund wurde von Sozialdemokraten errichtet, von ihnen ausgestaltet und geleitet. Er und sein Organ, „Der Weckruf", vertreten die Grundsätze des Parteiprogramms und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und sind bemüht, im Einvernehmen mit den übrigen Kulturorganisationen und der Partei die Wege zu einer alkoholfreien Kultur der Arbeiterklasse zu bahnen. Der Arbeiter-Abstinentenbund erblickt seine vornehmste und wichtigste Aufgabe darin, die unheilvollen Trinksitten in der Arbeiterschaft zu bekämpfen und durch Propagierung einer edleren und würdigeren proletarischen und vom sozialistischen Geiste durchdrungenen Geselligkeit zu beseitigen. Das wirksamste Mittel seiner Werbearbeit ist die Enthaltsamkeit seiner Mitglieder. Im Alkoholismus sieht er nicht nur eine schwere Schädigung der Volksgesundheit und eine Ursache der Vermehrung der sozialen Lasten, er geht von der Erkenntnis aus, daß der Alkoholismus auch ein gewaltiges Hindernis im Befreiungskampfe der Klasse darstellt, das jede Schulungs- und Sisyphusarbeit werden läßt.

Auch die Arbeiter-Fürsorgeorganisationen, die eine so überaus erfreuliche Entwicklung genommen haben, stoßen bei ihrer praktischen Arbeit ständig auf die schweren Schäden, die der Alkoholismus unter der Arbeiterklasse anrichtet. Die Betreuung der Alkoholgefährdetenfürsorge kann nur im Einvernehmen mit den Enthaltsamkeitsvereinen, vor allem nur mit dem Arbeiter-Abstinentenbunde durchgeführt werden. Und da dem Arbeiter-Abstinentenbunde in der Mehrzahl junge Sozialisten angehören, ist es um so notwendiger, diese junge Bewegung in das Aufgaben- und Arbeitsgebiet der Gesamtpartei einzubeziehen.

4. Antrag des Arbeiter-Sängerbundes:

Der Parteitag wolle beschließen, daß den zu schaffenden Kreiserziehungsstellen, Bezirkserziehungsstellen und Ortserziehungsbeiräten auch Vertreter der Arbeiter-Sängerbewegung beigezogen werden. Die Richtlinien über die „Organisation des Erziehungswesens", bzw. das Organisationsstatut sind in diesem Sinne zu ergänzen.

*

Zu Punkt 6 der Tagesordnung „Aufteilung des Parteibeitrages".

1. Antrag der Bezirksorganisation Graslitz.

Der Parteitag wolle beschließen, daß Parteimitgliedern, die länger als vier Wochen arbeitslos sind, Freimarken ausgefolgt werden können. Die Bezirksorganisationen haben eine genaue Kontrolle

dieser Arbeitslosen durchzuführen. Die Monatsschrift „Freundschaft", resp. „Gleichheit" wird den Arbeitslosen unentgeltlich zugestellt.

Begründung: Die Werbearbeit erfordert immer viel Zeit und Kraft. Durch die ständigen Krisenerscheinungen in den meisten Industrien kommen aber viele Parteimitglieder in die unangenehme Lage, infolge Arbeitslosigkeit ihren Parteibeitrag nicht mehr bezahlen zu können. Diese Mitglieder gingen bisher der Organisation in den meisten Fällen verloren und mußten bei besserer Wirtschaftslage erst wieder mühselig geworben werden. Vielfach wurde jedoch diese Werbung unterlassen und die Genossen blieben der Organisation überhaupt verloren. Wenn nun durch die regelmäßige Zustellung der Freimarken und der Monatsschrift die Verbindung zwischen den Vertrauensmännern und den Arbeitslosen aufrechterhalten bleibt, so wird diese ständige Fühlungnahme nicht nur ein moralischer Gewinn für unsere Bewegung sein, sondern uns auch der mühseligen Neuwerbung entheben.

2. Antrag der Lokalorganisation Altrohlau.

Der Parteitag möge beschließen, daß allen Parteimitgliedern, welche zehn Jahre der Partei ununterbrochen angehören, sechzig Jahre alt und ohne Einkommen sind, eine ermäßigte Beitragsmarke zu 50 Heller monatlich statt wie bisher 3 K zu kleben wäre. Ferner soll auch für die arbeitslosen Parteimitglieder, wenn die Arbeitslosigkeit länger als einen Monat dauert, eine Arbeitslosenmarke zu 50 Heller eingeführt werden. Die Aufteilung des Beitrages soll dem Parteivorstand zugewiesen werden.

Begründung: Viele unserer alt gewordenen Mitglieder finden sehr schwer eine Beschäftigung, sodaß sie meistens nur vorübergehend Arbeit erhalten können, daher beim besten Willen die gegenwärtigen Beiträge nicht zu bestreiten vermögen. Sie hören daher auf, weiter Mitglied zu sein. Durch die Einführung eines ermäßigten Beitrages ist es sicher leichter möglich, weiter Mitglied zu bleiben, außerdem bleibt die Partei in ständiger Fühlung mit den altgewordenen Mitgliedern.

Durch die Erfahrungen, die die Lokalorganisationen bei arbeitslosen Mitgliedern bisher gemacht haben, ist es angezeigt, auch hier eine Aenderung der Beitragsleistung zu treffen. Viele unserer arbeitslosen Mitglieder werden zwei- drei- und viermal aufgenommen, was sicherlich nicht als gut zu bezeichnen ist. Praktisch wurde es von vielen Lokalorganisationen so gehandhabt, daß die Arbeitslosen als von Beiträgen befreit betrachtet wurden. Kam der Genosse in eine andere Lokalorganisation, so fehlten in seinem Buche mehrere Marken, was wiederum für manchen Funktionär zu denken gab, wenn aber ermäßigte Marken für Arbeitslose eingeführt sind, kann es keine Ausreden geben und man bleibt immer mit den Genossen in Verbindung, was für unsere Partei von großen Nutzen ist.

3. Antrag der Bezirksorganisation Plan.

Der Parteibeitrag für nicht selbständig erwerbstätige Frauen wird mit 1 K monatlich festgesetzt.

Begründung: Die Anforderungen an Arbeiterfamilien durch Beiträge für Partei, Jugendorganisation, Gewerkschaften, Kulturorganisationen, Presse und Arbeiterfürsorge sind heute schon so hoch, daß der Arbeiter bei den niedrigen Löhnen und bei der oft andauernden Arbeitslosigkeit einfach nicht mehr imstande ist, allen Beitragspflichten voll zu entsprechen. Es ist eine Lebensnotwendigkeit für die Partei, die Frauen organisatorisch zu erfassen, zu schulen und sie zu tätigen Mitkämpferinnen zu erziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Frauen eingeschriebene Mitglieder sein. Wenn sie das Parteimitgliedsbuch haben, fühlen sie sich gewissermaßen moralisch verpflichtet, auch parteimäßig tätig zu sein. Es würde dadurch bestimmt verhindert, daß sie an gegnerische Organisationen, hauptsächlich an die verschiedenen christlichsozialen Organisationen verloren gehen und ihre Stimme bei den Wahlen fehlen. Das finanzielle Ergebnis der Einnahmen aus Frauenmarken wird nicht kleiner werden, weil die dreifache Anzahl von Frauen als Parteimitglieder zu erfassen sein wird.

*

Zu Punkt 8 „Allgemeines".

1. Antrag der Lokalorganisation Preßburg.

Der Parteitag wolle beschließen, daß mit dem Sitze in Preßburg für die Länder: Slowakei und Karpatho-Rußland ein Landessekretariat gegründet werde.

Begründung: In der Slowakei befinden sich drei resp. vier deutsche Siedlungsgebiete außer eingesprengten Gemeinden, in welchen zehntausende deutsche Arbeiter wohnen und heute fast zur Gänze außer dem Bereich einer Agitations- und Organisationsmöglichkeit liegen, auch bei Wahlen nicht erfaßt werden können, also für die Partei auch weiterhin verloren gehen, wenn der Parteitag unseren Antrag nicht zustimmt. Der gerade jetzt einsetzende Uebertritt von Mitgliedern der kommunistischen Opposition zur Sozialdemokratie zeigt den Mangel der notwendigen Verbindung und damit der Möglichkeit, sie für unsere Partei zu erfassen. Viele deutsche Arbeiter sind schon heute bei den slowakischen Genossen organisiert. Wohl wird die Schaffung eines Landessekretariates vorerst mit Opfern verbunden sein, wenn aber mit umfassender Agitationsfähigkeit, Gründung von Lokalorganisationen eingesetzt wird, werden die Opfer nicht allzu groß sein, bezw. in absehbarer Zeit Früchte tragen. Auch sind wir der Ansicht, daß die gut fundierten Kreise den schwachen Bezirken ihre Hilfe, auch materielle, nicht verweigern dürfen, daß in Nordböhmen und anderen großen Siedlungsgebieten, wo so viel agitatorische Kräfte (außer den Massen der Arbeiter) vorhanden sind, der schon vorhandene Erfolg naturgemäß ist, wogegen es sich in der Slowakei fast nur um eingesprengte Siedlungsgebiete handelt, deren deutsche Arbeiterschaft den nationalen und politischen Umtrieben der reaktionären bürgerlichen Parteien, sowie den Kommunisten bis heute ausgeliefert sind. Die organisatorische Erfassung der deutschen arbeitenden Bevölkerung in den erwähnten Ländern ist nur in dem Falle möglich, falls die Partei in Preßburg, in der Hauptstadt der Slowakei, über ein gut ausgebautes Sekretariat verfügt.

2. Antrag der Bezirksorganisation Graslitz.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, bei der Gewerkschaftszentrale dahin zu wirken, daß Verhandlungen über die Vereinheitlichung aller Gewerkschaftsorganisationen auf freigewerkschaftlicher Grundlage eingeleitet werden. Durch eine solche Vereinheitlichung könnte vor allem die Herausgabe der vielen Fachblätter vermieden werden, weil der Kostenaufwand für die einzelnen Fachblätter in der gegenwärtigen Zeit sehr hoch ist und die Gelder besser für andere Zwecke verwendet werden könnten.

Antrag II. der Bezirksorganisation Graslitz.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Bestrebungen auf Zusammenfassung aller Kulturorganisationen auf das beste zu fördern und dahin zu wirken, daß ein einmaliger einheitlicher Beitrag für alle Kulturorganisationen festgesetzt wird.

*

Richtigstellung.

In der Ankündigung des Parteitages hat sich hinsichtlich der Delegationsbestimmungen der Kreisorganisationen ein Irrtum eingeschlichen. Der betreffende Passus des Organisationsstatutes lautet richtig:

1. a) Je vier Delegierte jeder Kreisorganisation. Kreisorganisationen, deren durchschnittlicher Markenumsatz für männliche und weibliche Parteimitglieder pro Monat **mehr als 6000 Stück** beträgt, haben das Recht, für je weitere 2000 einen Delegierten zu entsenden. Bruchteile über 1000 werden als voll gerechnet.

Unionstag der Bergarbeiter.

Am Dienstag vormittags hielt Genosse Pohl ein großzügiges Referat über

die Forderungen der Bergarbeiter im internationalen Kampfe,

dem wir entnehmen:

Die Internationale der Bergarbeiter gehört zu den ältesten internationalen Vereinigungen überhaupt. Im Jahre 1890 fand der erste internationale Bergarbeiterkongreß statt, auf dem die österreichischen Bergarbeiter schon vertreten waren. Unsere Forderungen haben im Laufe der Jahre und Jahrzehnte gewechselt. Manchmal stand diese oder jene mehr im Vordergrund, aber immer war es die Arbeitszeit, das Verlangen nach Minimallöhnen, nach gesetzlich geregelten Pensionen, nach Bergarbeiterschutz. Einfluß der Bergarbeiter auf die Betriebe und die Verstaatlichung der Gruben usw. Aber neben uns bestehen naturgemäß auch noch internationale Verbindungen des Kapitals, deren Entstehung der Krieg, bezw. die Nachkriegszeit begünstigt hat. In diesen internationalen Vereinigungen des Kapitals vereint sich eine ungeheure Macht, die über die Industrien der einzelnen Staaten gebietet. In diesem Zusammenhang ergibt sich die Frage, ob auch innerhalb des Kohlenbergbaues solche internationale Gebilde in absehbarer Zeit in Aussicht stehen. Darauf muß geantwortet werden, daß etwa die Absatzrayonierung im Kohlenbergbau auf ganz andere Schwierigkeiten stößt, als in irgendeiner anderen Industrie. Hochöfen lassen sich in kurzer Zeit einstellen und wieder in Betrieb setzen. Aber im Bergbau handelt es sich in den meisten Fällen darum, ob die Gruben dauernd eingestellt werden sollen oder nicht. Aus diesem Grunde sind der Konzernbildung im Bergbau engere Grenzen gezogen.

Nach dem Kriege standen wir in der Kohlenwirtschaft vor einer besonderen Situation. In allen Krieg führenden Ländern waren die Gruben devastiert, aber auch die Produktivität der Arbeitskraft eingeschränkt. Diese Wirkungen wurden durch die Friedensverträge verschärft, die die europäische Kohlenwirtschaft aus dem Gleichgewicht brachten. Schon auf dem ersten Bergarbeiterkongreß nach dem Kriege in Genf 1920 stellte Hue den Antrag, es möge ein internationales Kohlenverteilungsbüro im Anschluß an das Internationale Arbeitsamt vom Völkerbund angestrebt werden. Auf dem Kongreß 1922 hat die tschechoslowakische Delegation den Antrag Hues aufgegriffen. Wenn wir schon damals für eine internationale Regelung eintraten, so deshalb, weil wir von der Welle des Kohlenüberflusses früher als andere Länder erreicht wurden; 1928 haben dann schon die englischen Kollegen auf die Vereinigung dieser Frage gedrängt und in Nimes wurde auf unsere Forderung zurückgegriffen. Der internationale Sekretär hat für den Kongreß in Nimes einen Bericht ausgearbeitet und Vorschläge unterbreitet und so kam es zur Beschlußfassung von zwei bedeutenden Resolutionen. Die erste Resolution verlangte, daß das internationale Arbeitsamt und der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes ersucht werden, eine Weltkonferenz der Kohle erzeugenden Länder einzuberufen. Das internationale Komitee wurde beauftragt, den Standpunkt der Bergarbeiter auszuarbeiten und dahin zu wirken, daß die Bergarbeiter eine Vertretung mit gleichen Rechten wie die Unternehmer erhalten, um ihre Forderungen dort vorbringen zu können. Ueber die Frage der Arbeitszeit wurde beschlossen, daß für die Untertagsarbeiter die Siebenstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt, für die übrigen Arbeiter die 46-Stundenschicht verlangt wird. Beide Resolutionen sind nach schweren Kämpfen zustande gekommen. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses des Völkerbundes vom Oktober 1929 wurde auf Grund unserer Beschlüsse das Internationale Arbeitsamt beauftragt, eine Konferenz der wichtigsten europäischen Kohle produzierenden Länder einzuberufen. Das Internationale Arbeitsamt hat über die Arbeits- und Lohnverhältnisse im europäischen Bergbau Erhebungen angestellt, die bisher das einzige positive Ergebnis dieser Aktion sind. Die Ergebnisse dieser Erhebungen sind für unseren Kampf im nationalen und internationalen Maßstabe von großer Bedeutung. Das Internationale Arbeitsamt hat nun beschlossen, im Jänner dieses Jahres eine technische Kohlenkonferenz einzuberufen. Zu dieser Konferenz sollte ein Gutachten abgegeben werden, wie die Arbeitszeit, die Lohn- und Arbeitsbedingungen einheitlich zu regeln wären.

Allerdings bestand die Absicht, das im Bereiche der Möglichkeit liegende internationale Uebereinkommen über die Regelung der Arbeitszeit nur für die Steinkohlenarbeiter untertags zu schaffen.

Wir haben naturgemäß verlangt, daß alle untertags beschäftigten Arbeiter einbezogen werden.

Die Frage ging im wesentlichen darum, ob auch die Braunkohlenarbeiter in eine solche internationale Konvention einzubeziehen sind, und da muß festgestellt werden, daß wir leider mit unseren Forderungen nicht auf das richtige Verständnis stießen. In die Forderungen, die erstattet wurden, kam als Begriff des Arbeitstages nicht die Gesamtschicht, sondern die individuelle Schicht jedes einzelnen Arbeiters hinein.

Die individuelle Schicht ist aber wenigstens um eine halbe Stunde länger als die Gesamtschicht.

In diesen Beratungen traten die Unternehmer völlig einheitlich auf. In einer technischen Vorkonferenz wurde die Frage der Regelung der Arbeitszeit immer wieder hinausgezogen und schließlich kam über dieses Problem überhaupt kein Beschluß zustande. Die Kohlenkonferenz endete also wie das Hornberger Schießen. Ihre Beschlüsse wurden sodann vor den Ausschuß des Internationalen Arbeitsamtes gebracht, der aus ihnen ein Uebereinkommen formulierte, in das die siebendreiviertelstündige Arbeitszeit aufgenommen wurde. Das Begonnene wurde nun auf der Internationalen Arbeitskonferenz fortgesetzt. Aber auch da begann sofort der Sturm der deutschen Regierung gegen die Einbeziehung der Braunkohle. Es wurde eine engere Kommission eingesetzt, die aber vom Standpunkt der Braunkohlenarbeiter ebenfalls ergebnislos verlief. Man kam zu dem Ergebnis, daß es notwendig sei, für den Braunkohlenbergbau eine eigene Konvention zu schaffen, mit anderen Worten hieß das, daß eine Konvention mit längerer Arbeitszeit als für den Steinkohlenbergbau geschaffen werden soll. In der internationalen Arbeitskonferenz blieben wir ebenfalls in der Minderheit, ebenso erhielt der Entwurf nicht die nötige Zweidrittelmehrheit und so wurde eigentlich nicht anderes beschlossen, als daß die Frage auf die Tagesordnung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz zu stellen ist.

Für uns ergibt sich aus alledem die Schlußforderung, daß wir auf der unbedingten Einbeziehung des Braunkohlenbergbaues beharren müssen.

Die internationale Konvention über die Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau darf für kein Land ein Rückschritt sein,

nur dann ist sie für die Staaten mit den fortgeschrittensten Arbeitszeitgesetzen ein Erfolg. Ob und wann ein Uebereinkommen über die Löhne zustande kommt, vermag niemand zu sagen. Wir glauben, daß der Weg über Genf in absehbarer Zeit kaum zu einem Erfolge führt. Wir brauchen aber das internationale Uebereinkommen früher und da müssen wir feststellen, daß wir es um so eher erreichen werden, je früher es gelingt,

diese Frage innerhalb jedes einzelnen Staates zu lösen.

Auch dieses Problem ist eine Machtfrage und die Erfolge hängen ab von der Kampffähigkeit der Bergarbeiterorganisationen jedes Landes. Es handelt sich darum, daß die Bergarbeiterorganisationen bei günstiger Konjunktur den Kampf um dieses Problem führen und wir glauben, sagen zu können, daß der Kampf beispielgebend sein wird auf jene Länder, die unseren Stand noch nicht erreicht haben. Und wenn wir in dieser Richtung in jedem Staate Erfolge erzielen, dann wird die internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau eine Frage sein, die sich von selbst löst.

Diesem Referat des Genossen Pohl folgte stürmischer Beifall. Der Unionstag nahm zu diesem Punkt der Tagesordnung eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Referenten an.

*

Am Mittwoch vormittags erstattete Genosse Jarolim ein eingehendes Referat über den Stand der Bergarbeitererversicherung und die Forderungen der Bergarbeiter im besonderen Zusammenhang mit der Frage der Berufskrankheiten, wozu er eine entsprechende Entschließung beantragte, die nach abgeführter Debatte einstimmig angenommen wurde. Wir werden über diesen Teil der Verhandlungen noch eingehend berichten, desgleichen über das folgende Referat des Genossen Tichy-Brüx über die sozialpolitische Gesetzgebung im Bergbau.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen nach der Mittagspause entwickelte sich eine lebhafte Debatte, in der die Genossen Bienert, Schröder, Kloiber, Muschalek, Dehmel, Dana, Pohl, Schiller, Korschintzky, Hnilitischka, Zinner, Stadler, Fahsel und Lehmann sprachen. Alle Redner brachten die außerordentlichen Schwierigkeiten, unter denen die Betriebsräte der Union der Bergarbeiter auf den Bergwerken zu arbeiten haben, zur Sprache und beklagten sich über die unausgesetzten Versuche der Betriebsleitungen, die bestehenden Schutzgesetze systematisch zu umgehen und den Betriebsräten die Tätigkeit so weit als möglich zu erschweren. Aus ihren Ausführungen ging immer wieder die Forderung hervor, daß es notwendig ist, auf gesetzlichem Wege eine sichere Grundlage für die Ausübung der Funktion der Betriebsräte zu schaffen und Vorkehrungen zu treffen, um die Unternehmer zu zwingen, die gesetzlichen Bestimmungen tatsächlich einzuhalten. Einige Redner befaßten sich mit der besonderen Lage der Baggerarbeiter, deren Arbeitsverhältnisse einer Regelung unterzogen werden müßten. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Tichy wurde die vorgelegte Resolution und eine Anzahl von Anträgen einstimmig angenommen.

Es folgte hierauf die Erledigung des vom Unionsvorstand vorgelegten Regulativs und der hiezu eingebrachten Anträge, die im Sinne des Referats des Genossen Zinner, der die Vorschläge der Antragsprüfungskommission erstattete, beschlossen wurden. Hierauf wurden die gesamten Resolutionen angenommen. Die Konferenz wurde um fünf Uhr nachmittags unterbrochen und wird heute fortgesetzt und beendet.

Herrn Blochs mildernde Umstände.

Daß wir uns im Zusammenhang mit den Prager Demonstrationen zum Schluß auch mit M. Blochs „Cechoslovakischer Korrespondenz" würden zu befassen haben, war uns im voraus klar, denn dieser Chefredakteur der von der Regierung unterhaltenen Blochschen Wochenschrift läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um seine völlige Unobjektivität in allen Fragen zu beweisen, die die Deutschen betreffen. Diesmal greift der Besitzer des besten Zettelkastens in der Tschechoslowakei sogar bis auf ein Bismarck-Wort aus dem Jahre 1866 zurück, um zu beweisen, daß man in Prag schließlich immer nur „Gewitterneigung" erwarten könne, an der aber selbstverständlich — nach Bloch — auch immer die Deutschen schuld sind.

„Jeder kleinliche Straßenkonflikt, der überall sonst unbeachtet bliebe, wird tendenziös aufgebauscht in die Welt hinaus depeschiert, während das viele Gute und Schöne, das sich hier ereignet, ignoriert oder gehässig entstellt wird."

Herr Bloch führt für das viele Gute und Schöne keinerlei Beispiele an. Braucht er auch nicht, denn schließlich garantiert doch allein der Name Baxa dafür, daß in Prag alles in Ordnung ist! Der Fall Mayer sei eine Bagatelle gewesen und erst dadurch, daß ihn die deutschen Blätter aufbauschten, sei er schließlich zum Ausgangspunkt von Demonstrationen geworden, für den Herr Bloch volles Verständnis hat. Herr Mayer ist für den distinguierten Herrn Bloch ein „weniger distinguierter Ausländer" und deshalb plädiert der Bloch für mildernde Umstände bei den „nationalen Manifestationen". Deren Ausartung lehnt er immerhin ab, aber sichtlich weniger aus Ueberzeugung, sondern weil er schließlich bis zu einem gewissen Grade ja doch die Politik der tschechischen Regierungsführer machen muß, die wiederum selber von den Skandalen abrücken mußten. Aber es sei ungerecht, meint der Blocht, wenn die Deutschen in Prag Klage führen, denn es gehe ihnen hier glänzend genug, was er damit zu beweisen sucht, daß die deutsche Einwanderung zunehme und die Zahl der deutschen Schüler in den Prager Schulen steige. Herrn Bloch fällt es nicht bei, diese Zunahme der Deutschen natürlich zu erklären, nämlich damit, daß Prag, das zur Hauptstadt eines Staates geworden ist, selbstverständlich auch einen Teil seiner deutschen Bürger nötigt, sich im Zentrum niederzulassen.

Man hätte, wenn man nicht eben die Blochsche Wochenschrift so gut kennen würde, erwarten müssen, daß ein deutschgeschriebenes Regierungsblatt, statt nach mildernden Umständen zu suchen, jetzt mit aller Schärfe von den Demonstranten abrücken würde, wenn schon nicht aus gerechter Gesinnung, so doch in Wahrung des Selbsterhaltungstriebes der Republik. Denn je mehr wir uns vom Zeitpunkt der Prager Demonstrationen entfernen, desto deutlicher fühlbar wird für jeden, auch für den sehr national gesinnten Tschechen, daß der Republik und ins-

besondere der Hauptstadt Prag durch die Vorfälle der vergangenen Woche schwerer ideeller und materieller Schaden erwachsen ist, welch letzterer sich in Ziffern gar nicht erfassen läßt. Herr Bloch möge sich einmal in jene Hotels, Restaurants und Kaffeehäuser bemühen, die vorwiegend von Deutschen aus dem Ausland, aber auch aus der Tschechoslowakei, besucht werden. Hotels, in denen sonst mittags kein Zimmer mehr zu haben ist, stehen zur Hälfte leer, weil die Deutschen, die Prag besuchen wollen, sich sagen, daß sie, wenn sie nicht müssen, vorderhand eine Stadt nicht besuchen wollen, in der sie nicht wissen, ob ihnen nicht deswegen, weil sie Deutsche sind oder deutsch sprechen, ein Stein an den Kopf fliegt, ein Stein, der nicht weicher dadurch wird, daß Herr Bloch mildernde Umstände entdeckt. Und diese Furcht vor Prag ist vorhanden, obzwar nicht aufgebauschte Berichte ins Ausland gingen.

Charakteristisch ist noch, daß auch Herr Bloch, ganz so wie die „Národní Listy" als einzigem Blatte Prags dem „Prager Tagblatt" ein Wohlverhaltungszeugnis ausstellt und seinem Herausgeber nachrühmt, daß er vor einigen Jahren „in einem schönen Artikel" einbekannte, „daß Prag besser sei als sein Ruf". Von Herrn Bloch kann man das nicht behaupten und eben wegen solcher Haltung auch nicht vom „Prager Tagblatt".

„Herr Finanzminister, hier wäre etwas!"

Das Blatt der deutschen Fabrikanten und Mittelständler dieses Landes, die „Bohemia", brachte in seinem Handelsteil der Nummer vom letzten Sonntag die Zuschrift eines „Lesers", die wohl seiner Gehässigkeit gegen die deutschen Konsumgenossenschaften in jeder Beziehung Rechnung trägt, die jedoch jegliche Sachkenntnis und sogar mittelmäßiges Wissen eines Handelsschülers vermissen läßt.

Bevor wir auf die Sache selbst eingehen, bedauern wir es nur, daß die Schriftleitung der „Bohemia", die sich doch sonst allerlei darauf zugute tut, einwandfrei unterrichtet zu sein, einem derart offenkundigen Schwindel aufgesessen ist. Oder hat es der „Bohemia" lediglich genügt, daß über die Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher, über die Konsumgenossenschaften hergefallen wird? Die redaktionelle Kritik dieses planlosen Geschreies, wie man das Geschreibsel nennen kann, spricht von den „gewaltigen Steuerbegünstigungen der Konsumgenossenschaften", daß „schon dadurch dem hochbesteuerten Kaufmann der Wettbewerb geradezu unmöglich gemacht wird." Die „Bohemia" hat sich mit der Aufnahme dieses Artikels aufs neue in die Reihe der verbraucherfeindlichen Blätter gestellt; die Methode, daß man sich in den vorderen Spalten der Zeitung als der gute Jakob aufspielt und daß auf den letzten Seiten gegen die Arbeiterschaft, ihre Bestrebungen und Institutionen gehetzt wird, ist bereits zu alt, als daß damit noch irgendwelcher Staat gemacht werden kann; das verfängt nicht mehr.

Der Schreiber des Artikel (wir gehen bestimmt nicht fehl, wenn wir in ihm einen Händler vermuten) weiß seiner Wut über die sich in ununterbrochenem Aufstiege entwickelnden Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher in keiner anderen Weise Luft zu machen, als daß er die alten Mätzchen hervorholt, die zwar immer widerlegt worden sind, von der sich der frech Verleumdende halt doch eine Wirkung wenigstens in der Weise verspricht, daß die Verbraucher, die zufolge der Ausbeutungsmethoden des privaten Handels sich von ihm gewandt haben und als Mitglieder der Konsumgenossenschaften eine weit bessere Vertretung ihrer Interessen gefunden haben, wieder brave Schafchen werden, und wieder beim Zwischenhändler einkaufen. Nichts anderes als blasser Geschäftsneid spricht aus jeder Zeile des Artikels, der dem Finanzminister in hochherziger Weise behilflich sein möchte, sich ausgiebige Steuerquellen zu erschließen. „Steuerbegünstigungen", „Privilegien", „Subventionen" und „Sanierungen", das sind so die alten Schlagworte der Herren Händler. — Ein Satz verdient es, zitiert zu werden: „Herr Finanzminister, uns will dünken, ... daß Sie — sagen wir es klar heraus — offenbar vergessen zu haben scheinen, daß es bei uns auch einen gewaltigen marxistischen Sektor der Wirtschaft gibt, der sich nicht weniger kapitalistisch als jeder andere Erzkapitalist gebärdet. Nur hat er es besser als dieser, weil der zum Missetäter wird, wenn er Steuern hinterzieht, während seines roten Kollegen Steuerhinterziehungspraktiken gesetzlich sanktioniert sind." So die „Bohemia". Die Konsumgenossenschaften wenden also Steuerhinterziehungspraktiken an! Was sagt denn die „Bohemia" dazu, wenn in den beiden letzten Steuerjahren, die Steuerleistungen großkapitalistischer Unternehmungen, Banken und Aktiengesellschaften, bei vermehrtem Wirtschaftsumfang absolut und relativ weniger Steuern zahlen? Dazu kann die „Bohemia" doch nichts sagen: eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Aber bitte, es handelt sich um die Konsumgenossenschaften. Der Schreiberling der „Bohemia" „beweist" die Steuerbegünstigung der Verbrauchergenossenschaften; er schreibt: „Vor uns liegen die wahllos herausgegriffenen Berichte von sechs marxistischen Konsumgenossenschaften aus dem deutschen Gebiet." Was sich der unter Marxismus vorstellen mag, ist mehr denn schleierhaft. Der „Beweis" wird nun folgendermaßen geführt:

Genossenschaft	Umsatz in Mill.	Dir. Steuern u. Gebühren	Umsatzsteuer
Chodau-Graslitz	38.48	66.346	100.000
Bilin	3.51	6.908	14.496
Bodenbach . . .	24.40	19.308	69.075
Langendorf . . .	2.63	12.944	436
Komotau . . .	29.73	37.184	147.831
Ostböhmen . . .	5.09	22.215	25.564
	103.83	164.905	357.402

Daran knüpft der Schreiber der „Bohemia" folgende Folgerung: „Die genannten Konsumgenossenschaften stellten von ihrem Gesamtumsatze per 103 Millionen an direkten Steuern und Gebühren 0.15 Prozent und an Umsatzsteuer 0.34 Prozent dem Staate zur Verfügung."

Wir haben uns die Rechnungsabschlüsse der angeführten Konsumgenossenschaften für das Berichtsjahr 1928-29 (denn der Schreiber der „Bohemia" beruft sich darauf) und auch die des Vorjahres durchgesehen. Der hochverehrte Mitarbeiter der „Bohemia" hat offenbar keine Ahnung davon, daß man auch die laufenden Verbindlichkeiten des Vorjahres kennen muß, um über die faktische Steuerleistung ein einwandfreies Bild zu gewinnen. Hinter der zitierten „Genossenschaft Ostböhmen" vermuteten wir die Konsum- und Spargenossenschaft in Braunau, was uns durch die Angabe des Umsatzes der oben angeführten Tabelle aus dem Rechnungsabschluß dieser Genossenschaft bestätigt wurde. Ein aufmerksames Durchsehen der Rechnungsabschlüsse ergab, daß von den 12 angeführten Steuerziffern acht falsch sind. Ja, hochverehrter Mitarbeiter der „Bohemia", da muß man halt ein Bestandskonto von einem Erfolgskonto unterscheiden können: da muß man die Steuerverbindlichkeiten des Vorjahres kennen, da darf man den Gebarungsausweis nicht mit der Bilanz verwechseln, da muß man sich die Detaillierungen der Unkosten ansehen, da darf man u. a. die gezahlten Versicherungen nicht für geleistete Steuern ansehen — man muß mit einem Worte etwas verstehen, wenn man kritisiert; und wenn man nichts versteht, hochverehrter Herr Mitarbeiter der „Bohemia", dann muß man eben das Maul halten.

Die Steuerleistung der sechs Konsumgenossenschaften im Berichtsjahr 1928-29 sieht so aus:

Genossenschaft	Umsatz in Mill.	Dir. Steuern u. Gebühren	Umsatzsteuer
Chodau-Graslitz .	38.48	192.381	161.451
Bilin	3.51	18.909	14.496
Bodenbach . . .	24.40	33.585	79.076
Langendorf . . .	2.63	12.944	10.736
Komotau . . .	29.73	37.185	147.832
Braunau . . .	5.08	28.405	21.564
	103.83	323.409	435.155

Vergleichen wir die Steuerleistungen dieser Konsumgenossenschaften so wie in der „Bohemia" mit zusammen 522.207 Kronen angegeben war mit der tatsächlichen Steuerleistung im gesamten Betrage von 759.564 Kronen, so ergibt sich ein Unterschied von rund 237.000 Kronen; die läßt der feine Berichterstatter der „Bohemia", ob ihm nun Haß oder Ignoranz die Augen blenden, einfach unter den Tisch fallen. Nun sieht der prozentuelle Anteil der Steuerleistung am Umsatz, den der feine Herr mit 0.15 Prozent bezw. 0.31 Prozent angibt, wesentlich anders aus: 0.31 Prozent an direkten Steuern und Gebühren und 0.42 Prozent an Umsatzsteuer. Man sieht, daß der Herr „Leser" mit den Ziffern genau so „wahllos" umgegangen ist, wie beim Herausgreifen der Rechnungsabschlüsse.

Der Herr Mitarbeiter der „Bohemia" oder die doch über so viele Beziehungen verfügende „Bohemia" selbst soll uns doch einmal ein einziges Beispiel vom privaten Handel zitieren, das eine solide Vergleichsmöglichkeit zwischen Umsatz und Steuerleistung zuläßt. Das werden wir nie erleben. Der private Handel betrachtet seinen Wirtschaftsumfang als Geschäftsgeheimnis, das er sorgfältig hütet. Die Konsumgenossenschaften haben keine öffentliche Kritik zu fürchten, ihre Bilanzen und Abschlüsse werden den Hunderttausenden Mitgliedern vorgelegt, so daß man hier schon von einer gewissen Oeffentlichkeit sprechen kann. Nun, werte Schriftleitung der „Bohemia", Sie veranstalten doch sonst allerlei Umfragen in der privaten Wirtschaft; wie wäre es, wenn Sie einmal eine Reihe von Kaufleuten auffordern würden, ihren Kunden einmal ihr Soll und Haben zu erschließen. Die Kaufmannschaft wird sich hüten! Da die Konsumgenossenschaften über jeden Heller Umsatz in einer beinahe öffentlich zu nennenden Weise Rechnung legen, ist es ausgeschlossen, daß die Einbekenntnisse zwecks Steuerbemessung von den tatsächlichen Ergebnissen abweichende Ziffern enthalten. Die Kaufmannschaft möge also mit ihren Ziffern vor die Oeffentlichkeit treten, daß die Kunden des privaten Handels und die Oeffentlichkeit selbst ein gutes Bild über seinen Wirtschaftsumfang und seine Steuerleistung erhält.

Ferner sei auf die „respektablen Rabattkonti", auf „allerhand Sparmarkensysteme" und die „übliche Gewinnverteilung an Mitglieder" verwiesen. Nun, Ihr Herren von der Privatwirtschaft, der Vorgang ist allerdings bei Ihrer Wirtschaft ein unbekannter Begriff, daß man, in Ihrer Sprache gesprochen, dem Kunden den Gewinn auszahlt; der Privatkapitalist erblickt doch in seinen Unternehmungen nur ein Mittel, für sich Profit herauszuholen, anderswie erscheint ihm die Wirtschaft selbst absurd. Uebrigens stellen die Rückvergütungen keinen kapitalistischen Gewinn dar, sondern durch gute Wirtschaftsführung sich ergebende Betriebsersparungen dar, die den Weg wieder zurück zum Verbraucher finden. Und die Sparmarkensysteme? Ja, die Konsumgenossenschaften sind zugleich auch die Sparkassen des arbeitenden Volkes; dadurch werden die Genossenschafter zum Sparen angeregt, sie behalten ihre wirtschaftliche Freiheit. Die Pump- und Borgwirtschaft, die Konsumfinanzierung, wie mans feiner sagt, das überlassen wir ruhig dem privaten Handel. Genossenschaftlicher Großeinkauf, lokale und zentrale Eigenerzeugung, rationelle Wirtschaftsführung, die auf reiner Bedarfsdeckung fußt, schaffen den Konsumgenossenschaften die wirtschaftliche Ueberlegenheit gegenüber dem privaten Handel. Als die Preisregulatoren zwingen die Konsumgenossenschaften in vielen Fällen den privaten Handel, seine Preispolitik zu ändern. Vom Wesen der Genossenschafter versteht also der Mitarbeiter der „Bohemia" ebenfalls einen Schmarrn.

Nun kommen wir auf „die geradezu fürstlichen Subventionen aus demokratischen Staatsgeldern". Da wird vor allem die Sanierungsaktion der Regierung im Jahre 1924 herangezogen. Infolge der teilweise durch die Regierung selbst verschuldeten Deflationskrise erlitt die Wirtschaft große Schäden. Im Oktober des Jahres 1924 bewilligte ein entsprechendes Gesetz einen „Spezialfonds der aus den Nachkriegsverhältnissen entstandenen Verluste" in der Höhe von 1640 Millionen Kronen, von dem laut Artikel der „Bohemia" auf die marxistischen Unternehmungen ein ganz gewaltiger Batzen abfiel, während die gewerblichen Genossenschaften mit einem Pappenstiel von 25 Millionen abgespeist wurden." Von dem genannten Betrage wurden unseren Konsum- und Produktivgenossenschaften, Wohnungs- und Baugenossenschaften, kurz Arbeitergenossenschaften, genau 1.4 Prozent, das sind 22.5 Millionen Kronen. So sieht der „gewaltige Batzen" aus. Von dem Betrage von 1640 Millionen entfielen auf Banken, Vorschuß- und Sparkassen allein 1290 Millionen. Man kann sich denken, wie notwendig die so außerordentlich auf das Gemeinwohl bedachten und für die Menschheit so segensreichen Banken diese einunddreiviertel Milliarde gebraucht haben werden.

Was bleibt also von dem gehässigen Gefasel noch übrig? Nichts, das eines weiteren Wortes wert ist.

Der Finanzminister würde sich für einen solchen Berater, wie ihn die „Bohemia" als Kettenhund gegen die Konsumgenossenschaft losläßt, wahrscheinlich sehr bedanken.

Was für Zustände herrschen bei der Prager Polizei?

Eine fascistische Gewerkschaft. — Sind die Polizeioffiziere oder der Polizeidirektor schuld?

Anläßlich der Prager Demonstrationen hat die weiteste Oeffentlichkeit gemerkt, daß bei der Polizei etwas nicht in Ordnung ist. Man hat am ersten und zweiten Tage von seiten der Polizei den Demonstranten ein solches Wohlwollen bewiesen, wie man das beispielsweise aus dem Verhalten der Polizei gegenüber Kommunisten nicht gewohnt war. Als nun in unserem Blatte und auch anderwärts gegen die Prager Polizei, die schon am ersten Tage der Ausschreitungen die Kundgebungen im Keime hätte ersticken können und die am zweiten Abend die Demonstranten bei ihrer Tätigkeit des Einwerfens von Fensterscheiben ungestört ließ, als gegen

diese plötzlich gutmütig und gemütlich gewordenen Hüter der Unordnung

Angriffe laut wurden, da rückte der Herr Minister des Innern mit einer Verteidigung des Prager Polizeidirektors Dolejš heraus. Dolejš sei erst kurze Zeit im Amte und habe angeblich einen völlig desorganisierten Apparat übernommen. Schön! Hat aber der Herr Minister nicht vor dem Amtsantritt des neuen Polizeipräsidenten von den Zuständen bei der Prager Polizei gewußt? Entweder war es im Ministerium des Innern bekannt, daß im Polizeikorps der Hauptstadt etwas nicht klappt, dann hätte man dagegen etwas unternehmen sollen oder hat man im Ministerium nichts gewußt, dann ist dies kein gutes Zeugnis für dieses Amt und man müßte annehmen, daß auch das Ministerium des Innern „ein desorganisierter Apparat" ist.

Daß aber die Verteidigung des Polizeidirektors durch den vorgesetzten Minister auf schwachen Füßen steht, beweisen gewisse Tatsachen.

Der Polizeidirektor versucht nämlich die ganze Schuld auf die Polizeioffiziere abzuschieben

und behauptet, diese hätten seine Befehle nicht befolgt, weswegen einige von ihnen in disziplinäre Untersuchung gezogen werden sollen. Diesem Standpunkt des Herrn Dolejš aber widerspricht die Aussage des Revierinspektors Zahradnik, der als Zeuge in der Verhandlung gegen einen Demonstranten dem Richter auf eine Frage antwortete:

„Als im Café „Nizza" die Fenster eingeschlagen wurden, sind wir nicht eingeschritten, da wir keine Instruktion hatten."

Wer hat also Recht? Zahradnik oder Dolejš, der Revierinspektor oder sein Vorgesetzter? Beider Behauptungen widersprechen einander und der Herr Minister des Innern müßte die ganze Angelegenheit streng untersuchen lassen. Hat der Polizeipräsident dem Minister falsch berichtet, dann bliebe nichts anderes übrig, als den Herrn Dolejš so bald als möglich wegzuschicken.

Im übrigen scheint sich

im Polizeikorps bereits eine fascistische Zelle

befunden zu haben. Die Organisation der Polizisten hat nämlich im halbfascistischen „Večer" eine Erklärung veröffentlicht, in der das Publikum ersucht wurde, einen Unterschied zwischen der Polizeimannschaft und den sie befehligenden politischen Beamten zu machen, weil jene die Befehle der Beamten befolgen müßten. Es wurde also die Polizei sozusagen entschuldigt, gegen die Fascisten vorgegangen zu sein! Außerdem soll das Organ der Polizeigewerkschaft auch schon bei früheren Angelegenheiten den Demonstranten die Stange gehalten haben. Die Gewerkschaft ist nun von der Landesbehörde aufgelöst worden. Obzwar dies kein Mittel ist, die Zustände im Polizeikorps zu beheben, muß man sich doch fragen, **ob der Minister des Innern der Fascisierung der Prager Polizei ruhig zusehen oder ob er nicht vielmehr dem Prager Polizeiskandal ein Ende machen will?**

*

Das Ministerium des Innern hat, wie bekannt wird, nicht nur die Prager Zentrale und die Prager Ortsgruppe der Polizistengewerkschaft, sondern auch alle zehn Provinzorganisationen des Verbandes aufgelöst. Als Grund zur Auflösung wird Verletzung der Subordination angegeben. Bei der Prager Zentrale und bei der Preßburger Filiale wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen und das Vermögen der Gewerkschaft beschlagnahmt. Auch bei einzelnen Polizisten in Prag fanden Hausdurchsuchungen statt. Dienstag nachmittag erschienen Polizeibeamte von Detektiven begleitet auf einzelnen Wachstuben, wo sie die Polizisten aufforderten, sich sofort in ihre Wohnungen zu begeben. Sie begleiteten sie dorthin und nahmen dort Hausdurchsuchungen vor. Auch die Redaktion des Gewerkschaftsblattes der uniformierten Polizisten wurde durchsucht und versiegelt.

Die früheren Kriegsteilnehmer für den Frieden.

Paris, Ende September 1930.

Nachdem vor sechs Wochen der Pariser Kongreß des internationalen Kriegsteilnehmerverbandes Ciamac vor allem durch die Zusammenarbeit des Vorsitzenden des französischen Kriegsteilnehmerverbandes „Union fédérale", Henri Pichot, und seines früheren Vorsitzenden René Cassin, mit dem deutschen Reichstagsabgeordneten Roßmann (für den Reichsbund der Kriegsbeschädigten) eine Resolution annahm, durch welche die Friedenspolitik Briands allgemein begrüßt wurde, hat es eine Anzahl rechtsstehender französischer Kriegervereine für notwendig gehalten, als Antwort darauf Paris mit Plakaten zu bedecken, welche die Ueberschrift tragen: „Eine Warnung!" In dem Plakat wird ausgeführt, daß man Briands Politik der deutsch-französischen Annäherung billigen werde, wenn sie tatsächlich zum Erfolge führe, daß man aber Briand wegen Hochverrats verurteilen lassen wolle, wenn seine Politik fehlschlägt. Dieser Maueranschlag birgt natürlich keinen logischen Gedanken, und er ist auch sehr kindisch abgefaßt. Statt sich offen für oder gegen Briand zu entscheiden, drohen die Kriegervereine, ohne Briand den Weg, den er eingeschlagen hat, zu gehen, erleichtern zu wollen.

Aber die linksstehenden Verbände früherer Kriegsteilnehmer haben sich mit diesem Plakat nicht abgefunden. Sie, die zu dem internationalen Kriegsteilnehmerverband Ciamac gehören, haben soeben ein Gegenplakat überall anheften lassen, das es an Deutlichkeit ihres Eintretens für die Politik Briands gewiß nicht fehlen läßt. „Wir wollen den Frieden!", heißt seine Ueberschrift. „Zehn Jahre Kampfes für den Weltfrieden", heißt der Untertitel. „Im Jahre 1920", so steht dann in dem Plakat zu lesen, „trat in Genf die erste Völkerbundversammlung zusammen. Mit Stolz kann Frankreich auf den in den letzten zehn Jahren durchlaufenen Weg zurückblicken.

Nachdem es unmittelbar nach dem Kriege seine Ruinen wiederaufrichtete und sein Budget ausglich, kehrte sich Frankreich entschlossen der Zukunft zu.

Treu seiner Vergangenheit und stark seines Rechtes, wollte es jedoch den dummen und gefährlichen Völkerhaß nicht verewigen.

Ohne seine wesentlichen Interessen oder seine Sicherheit zu opfern, schlug Frankreich eine Politik ein, die eine ehrliche Zusammenarbeit zwischen allen Völkern schaffen sollte.

In Locarno ließ es endgültig die im Friedensvertrag gezogenen Grenzen anerkennen.

Durch den Briand-Kellogg-Pakt erklärte es gemeinsam mit 14 Nationen den Krieg außerhalb des Gesetzes.

Die Annahme des Youngplanes garantiert ihm auf 37 Jahre eine Jahresleistung von einer Goldmilliarde Mark.

Trotz dieser unbestreitbaren Resultate wird systematisch eine abscheuliche Hetze gegen den Außenminister geführt, der seit fünf Jahren die Leitung der Außenpolitik unseres Landes inne hat und dessen Wirken im Einverständnis mit den verschiedenen Kabinetten, die Frankreich während dieser Zeit regierten, die Billigung fast des gesamten Parlaments erhalten hat.

Durch hinterlistige Verdächtigungen, die geschickt mit brutalen Angriffen abwechseln, versucht man, die öffentliche Meinung zu vergiften und sie zu entmutigen, das Friedenswerk fortzusetzen.

Einige frühere Kriegsteilnehmer haben sich zu Mitschuldigen an diesen dunklen Manövern gemacht.

Um so stärker erklären wir frühere Kriegsteilnehmer unter Berufung auf die von der Mehrheit des Einheitsverbandes französischer Frontsoldaten und von tausenden unserer Ortsgruppen angenommenen Resolutionen, daß wir die im Namen Frankreichs von Briand durchgeführte Außenpolitik billigen, und wir erklären feierlich, daß wir dem französischen Außenminister und der französischen Völkerbundsdelegation unser Vertrauen schenken, damit Frankreich auch weiterhin in Sicherheit und Würde am Zustandekommen des Weltfriedens mitarbeite."

Das Plakat ist unterschrieben von der „Union fédérale" (500.000 Mitglieder), der „Fédération Nationale" (300.000 Mitglieder), der Vereinigung der Kriegsblinden und noch vier anderen französischen Kriegsteilnehmerverbänden.

Kurt Lenz.

Tagesneuigkeiten.

Lied eines alten Pferdeknechtes.

Hultschiner Volkslied.

Als mich einst als Pferdeburschen
Ueberrascht ein Schlummerlein,
Schlummer, Schlummer, Schlummerleinchen
Trieb mein Pferdchen übern Rain.

Kam der Bauer angelaufen,
Dessen Korn das Pferd zertrat:
Du Halunke, Erzhalunke,
Schlummre nicht, dies ist mein Rat.

Bin noch lange kein Halunke
Bin der besten Mutter Sohn,
Spräch dies Schmachwort jemand andrer
Wüßt ich einen groben Ton.

Hab Euch sieben Jahr gedienet,
Doch Ihr gabt mir keinen Lohn,
Außer jenem alten Hemde
(Mahnts zurück am Abend schon).

Hab Euch sieben Jahr gedienet
Keinen Schaden angestellt,
Nur den Hemmschuh einst verloren
(Gleich ersetzt mit barem Geld).

Hab Euch sieben Jahr gedienet
Nichts gestohlen, nichts entliehn,
Nur ein Stückchen alten Käse
(Fiel vom Stieg und mußte fliehn).

Hab Euch sieben Jahr gedienet
War der Beste unterm Dach,
(Was sich mit der Annulenka
vorgehabt ist mein Sach).

Sollt auch Annulenka sprechen
Unaussprechlich bleibt das Glück,
Da wir einsam Rosen pflückten
Rosenzeit kehrt nie zurück.

Darum bin ich kein Halunke
Bin der besten Mutter Sohn,
Spräch dies Schmachwort jemand andrer
Wüßt ich einen groben Ton.

(Uebersetzt von August Scholtis.)

Ein wehrloser Gefangener niedergeschossen

Lemberg, 30. September. Das Haupt der ukrainischen Terroristen Holowinski, der unlängst in Haft genommen worden war, wurde bei einem Fluchtversuch (!!), als er zu einer Gegenüberstellung mit Zeugen geführt wurde, von den ihn begleitenden Polizisten erschossen.

60 Fischerboote überfällig.

Paris, 1. Oktober. Nach Mitteilung des Marineamtes sind etwa 60 Fischerboote überfällig, die nach dem Sturm an der Küste ihre Heimatshäfen nicht erreichen konnten. Da jedes Boot mindestens mit sechs Mann besetzt ist, ist man also über das Schicksal von dreihundert Menschen im Ungewissen.

Maturazeitung und Professor. Wie uns geschrieben wird, steht in Karlsbad eine eigenartige Ehrenbeleidigungsklage im Mittelpunkt des lokalen Interesses. Die letzte Oktava des Realgymnasiums hatte, einem alten Brauche folgend, kürzlich eine Maturazeitung unter dem Titel „Berlichinger Zeitung" herausgegeben, in welcher Rückschau auf die abgelaufene achtjährige Gymnasialzeit gehalten wurde. Man kennt den Stil solcher Maturazeitungen und weiß, daß der darin zum Ausdruck gebrachte Humor oft recht bissig ausfällt, obwohl es die jungen „Redakteure" im Grunde genommen gar nicht so bösartig meinen. Der Direktor des Karlsbader Gymnasiums hat nun freilich dem Inhalt der „Berlichinger Zeitung" keinen Geschmack abgewinnen können, um so mehr, als er selbst vielmal zum Objekt des in dem Blatt niedergelegten studentischen Witzes auserwählt worden war, weshalb er gegen die Herausgeber und verantwortlichen „Redakteures" der in einer Auflage von 200 Exemplaren gedruckten Zeitung die Ehrenbeleidigungsklage erhoben hat. Angebahnte Vergleichsverhandlungen scheiterten an dem Verlangen des Direktors, daß neben einer Ehrenerklärung in sämtlichen in Karlsbad erscheinenden Blättern sich die Urheber der Maturazeitung auch zur Zahlung eines Sühnebetrages und zur Uebernahme der bisher durch die Inanspruchnahme eines Rechtsanwaltes entstandenen Kosten bereit erklären sollten. Es fragt sich, ob der von dem Gymnasialdirektor eingeschlagene Weg der richtige und dazu geeignet ist, ihm die Zuneigung seiner Schüler oder die Sympathie der Bevölkerung einzutragen . . .

Wieder ein Dammbruch in Westböhmen. Aus Karlsbad wird uns berichtet: Nachdem vor kurzer Zeit bei Deutsch-Killmes im Karlsbader Kreis durch Dammbruch eines Teiches eine Landstrecke von fünf Kilometern Ausdehnung aufs Aergste in Mitleidenschaft gezogen worden war, ist nunmehr auch der unweit von Karlsbad gelegene sogenannte Neurohlauer Teich von einer ähnlichen Katastrophe heimgesucht worden. In der Nacht zum Montag brach der Damm dieses 42 Joch Grundfläche umfassenden Teiches, der sich als Strandbad während des heurigen Sommers eines lebhaften Zuspruches erfreut hat, und die über die Fluren brausenden Wassermassen richteten einen außerordentlich großen Schaden an, dessen Höhe sich derzeit noch nicht abschätzen läßt. Menschenleben kamen, da die an dem Teich vorbeiführende Landstraße rechtzeitig abgesperrt worden war, nicht in Gefahr.

Peripherie. In der Nacht auf Montag wurde an der Peripherie Prags die 27jährige Schneiderin Martha Berlinger überfallen und durch einen Messerstich tödlich verletzt. Als sich die Berlinger bei der Michler Sparkasse von einem Herrn, mit dem sie den Abend verbracht hatte, verabschiedete und allein weiter ging, begann ihr ein unbekannter Mann nachzugehen. Auf dem Wege kam ihnen ein zweiter Mann mit einer Tellermütze entgegen, der den Verfolger grüßte. Als die Berlinger zu der Brumlichen Ziegelei kam, begann sie zu laufen, um ihren hartnäckigen Verfolger loszuwerden. Dieser lief ihr nach, faßte sie am Arm und drohte ihr mit einem Messer, wenn sie ihm nicht zu Willen sein wolle. Die Berlinger begann um Hilfe zu rufen, worauf ihr der Unbekannte das Messer in den Bauch stieß. Dann lief er davon. Die Berlinger wurde in das Allgemeine Krankenhaus geschafft, wo man ihre Verletzung als tödlich erkannte. Sie schildert den Täter als einen etwa 30jährigen Mann, kleinerer und schmaler Figur, glattrasiert, mit stechenden Augen.

Ein folternder Abgeordneter. Aus Beirut werden unerhörte Exzesse bekannt, die sich eine der führenden Persönlichkeiten im politischen Leben der Libanonrepublik, ein reicher Gutsbesitzer namens Abdul Razzah aus der Gegend von Tripolis, hat zuschulden kommen lassen. Der Sohn des Deputierten war plötzlich an einer nicht feststellbaren Krankheit gestorben und der Vater hatte ganz grundlos den Verdacht, daß zwei in der Küche beschäftigte Frauen ihm Gift ins Essen gemischt hätten. Abdul Razzah verprügelte die Frauen in der unmenschlichsten Weise und beschloß, als sie trotzdem kein Geständnis ablegten, sie zu foltern. Er riß den Unglücklichen die Kleider vom Leibe und begann mit heißem Eisen auf sie einzuschlagen. Als die Bestie noch immer nicht den gewünschten Erfolg sah, ging sie ihren Opfern mit einem glühenden Ladestock zu Leibe. Die eine Frau starb unter den Händen des Wüterichs, die andere wurde in sterbendem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Die tierische Tat des Gutsbesitzers hat allgemein die größte Empörung hervorgerufen. Die Oppositionspresse beschäftigt sich in sehr scharfen Artikeln mit diesem unglaublichen Fall, der alle Greuel des Mittelalters in den Schatten stellt.

Nach dem Muster des „Morosini". Wie aus Spalato gemeldet wird, stieß am Dienstag der italienische Dampfer „Giuseppe Dorio", der der süditalienischen Monopolgesellschaft gehört, mit dem jugoslavischen Motorboote „Sloga" zusammen. Der Zusammenstoß erfolgte in der Nähe des Kanals von Brazza. An Bord des jugoslavischen Schiffes befanden sich der Eigentümer und vier Matrosen. Es führte eine wertvolle Ladung. Das italienische Schiff traf das jugoslavische genau in der Mitte. Der Eigentümer des jugoslavischen Schiffes wurde verletzt. Nach dem Zusammenstoß nahm der italienische Dampfer die Besatzung des jugoslavischen Schiffes an Bord. Das Schiff selbst wurde nach Spalato abgeschleppt. Der Zusammenstoß ist nach privaten Meldungen auf den Umstand zurückzuführen, daß der italienische Dampfer falschen Kurs hatte. Als nach dem Zusammenstoß das Segelschiff „Sloga" im Hafen von Spalato verankert war, verließ der italienische Dampfer sofort den Hafen, so daß der Kommandant des italienischen Schiffes von den jugoslawischen Behörden nicht verhört werden konnte.

Schwerer Reitunfall. Mittwoch mittags trainierte die Gattin des Prager Advokaten Heller, Beatrice, in der Jungbunzlauer Sokolreitschule für das Sonntags stattfindende und von den Sokoln veranstaltete Rennen. Beim Nehmen eines Hindernisses überschlug sich ihr Pferd und fiel auf den Rücken. Die Reiterin, die unter das Pferd zu liegen kam, erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und innere Verletzungen. Sie wurde in das Jungbunzlauer Krankenhaus gebracht.

Spende für Rothau. Ein ungenannt sein wollender Spender aus Pilsen hat der Redaktion des „Sozialdemokrat" insgesamt 300 Kronen für die Rothauer Arbeitslosen übermittelt. Der Betrag wurde an das Bürgermeisteramt Rothau weitergeleitet.

Mordversuch an der Gattin. Im Verlauf eines Streites suchte gestern der Eisenbahner Wenzel Bozasek in Prag seiner Frau mit dem Rasiermesser die Kehle zu durchschneiden. Tatsächlich verletzte er sie am Halse, doch konnte sich die Frau rechtzeitig losmachen, auf die Straße hinauslaufen und um Hilfe rufen. Bocasek lief ihr nach, wurde aber auf der Gasse verhaftet.

Automatische Hämmer zum Töten von Großvieh. In den Pariser Schlachthäusern ist jetzt der automatische Hammer zum Töten von Großvieh eingeführt worden. Es handelt sich hierbei um ein englisches Patent, das bereits in vielen Städten Frankreichs mit Erfolg zur Verwendung gelangte. Als erster hat Herriot seine Anwendung in den Schlachthäusern von Lyon verfügt. Der englische automatische Hammer ist nicht, wie viele andere, mit Sprengstoff versehen und stellt somit für die Schlachtgehilfen keinerlei Gefahr dar. Andererseits ist sein Schlag unfehlbar und führt den sofortigen Tod des Tieres herbei.

Entsetzlich peinlich! Ein wundervoll korrekter Londoner Cityman hatte eines Tages sein Symbol der Achtbarkeit, seinen Regenschirm, zum Reparieren abgegeben. Als er, wie immer, am nächsten Morgen mit der Untergrundbahn ins Geschäft fuhr, griff er automatisch nach dem Regenschirm eines Mitpassagiers und mußte ihn dem protestierenden Eigentümer unter vielen Entschuldigungen zurückgeben. Um eine Wiederholung solcher Vorfälle zu vermeiden, kaufte er sich beim Abholen des reparierten gleich einen Reserveschirm, und stieg, die beiden in der Hand, abends wieder in die Untergrundbahn. Auf dem Eckplatz gegenüber saß das protestierende Individuum von heute morgen. Es warf einen langen Blick auf die beiden Regenschirme und bemerkte dann ruhig: „Immerhin, Sie haben heute doch noch ganz tüchtig geschaft! . . ."

Arbeiter, kümmert euch um eure Jugend! Unterstützt die Kinderfreundebewegung und die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

Furchtbares Autounglück. In der Nähe von Sosnowice (Polen) geriet ein Personenauto, in dem zwei Priester, ein Mädchen und der Chauffeur saßen, unter die Räder eines heranbrausenden Eisenbahnzuges. Alle Vier wurden auf der Stelle getötet.

Tödlicher Starkstrom. Auf der Kokerei „Anna" in Alsdorf bei Aachen waren vier Arbeiter mit dem Transport einer schweren Maschine beschäftigt, die verhängnisvollerweise mit einem defekten Kabel in Berührung kam. Sogleich war die Maschine unter Starkstrom gesetzt. Die Arbeiter stürzten unter entsetzlichem Aufschrei zu Boden. Zwei waren sofort tot, die andern beiden konnten nach angestrengten Wiederbelebungsversuchen mit dem Sauerstoffapparat gerettet werden.

Flammentod zweier Kinder. In Groß-Weide (Kreis Marienwerder) brannte ein Bauernhof nieder. Zwei Kinder im Alter von 5 und 6 Jahren, die sich im Innern des Hauses befanden, sind in den Flammen umgekommen. Aus Angst vor dem Feuer hatten sie sich in der Häckselkammer versteckt.

Mordversuch am Bruder. Im Städtchen Waltershausen im Landkreis Gotha versuchte ein gewisser Fritz Braunstein seinen Bruder Hermann durch Mord aus dem Wege zu räumen. Er bohrte in die Zimmerdecke von unten ein Loch und zog einen Gasschlauch hindurch, um so Gas in das in der zweiten Etage gelegene Zimmer des Bruders zu leiten. Der Mordanschlag mißlang, da das Gas, das sich in der Wohnung angesammelt hatte, explodierte. Der Täter, der auf das Dach des Hauses geflüchtet war, konnte festgenommen werden.

Ein gutes Beispiel. Die Stadtverordneten von Mörs haben einstimmig beschlossen, auf ihre Stadtverordnetendiäten zu verzichten. Die dadurch ersparten 5000 Mark sollen zur Lebensmittelbeschaffung für Minderbemittelte verwendet werden.

Oberammergau macht Bilanz. Oberammergaus Festspielzeit hat am Montag mit der 79. Aufführung ihr Ende erreicht. Die Gesamtzahl der Besucher wird mit 383.000 angegeben. 28.000 Gäste kamen aus England, rund 50.000 aus Nordamerika. Die Ortsstatistik verzeichnet mehr als 240.000 Uebernachtungen.

Eichhörnchen als Sammler. Ein eigenartiger Fund wurde kürzlich auf einem amerikanischen Golfplatz in New Montreal gemacht. Arbeiter, die mit der Ausbesserung des Platzes beschäftigt waren, fanden in der Höhlung eines Baumstumpfes 120 Golfbälle, die hier von Eichhörnchen zusammengetragen worden waren. Aus der Fabrikmarke einzelner Bälle ließ sich feststellen, daß die Eichhörnchen schon gleich nach der Fertigstellung des Golfplatzes vor sieben Jahren, mit ihrer Sammeltätigkeit begonnen hatten.

Der älteste Bürger Westfalens, der Landwirt Johann Heisterkamp, ist im Alter von 104 Jahren in Bocholt gestorben.

Ein Double verursacht Aufruhr.

Von Erich Gottgetreu.

Eines Abends gab es im Vestibül des Palasthotels in St. Moritz Krach; (— „daß du ein Auto hast, erwähne nur nebenbei" — . . . ja, ich wohne nicht immer so fein, aber damals, da tat ichs eben doch). Die Sache war nicht weiter schlimm; ein Amerikaner schimpfte ein bißchen:

„Ja, wenn ich das gewußt hätte, daß die Sixtinische Madonna hier im Hotel hängt, da hätte ich doch nicht erst über Dresden zu fahren brauchen!"

Ein Bekannter des Schimpfers: „Aber Dresden war doch auch sonst sehr schön . . .

Der Schimpfer: „Ich bin jedenfalls nur hingefahren, um dort die Sixtinische zu machen." —

*

Immerhin, es ist nicht ganz erwiesen, daß die Dresdner Madonna nicht von Raffael, sondern nur von dem ferarischen Hofmaler Gerolamo da Carpi geschaffen wurde, während das Bild, das man für das tatsächliche Original hält, nun ausgerechnet im Palasthotel in Sankt Moritz hängt. Es ist nicht ganz erwiesen, aber es ist ja wirklich nicht unmöglich. Die Hotelierfamilie Bardutt in St. Moritz kämpft seit Generationen einen Kampf um die Anerkennung, daß sie den echten Ring oder vielmehr das echte Bild besitze. Es gibt da allerhand Beweisversuche: abgesehen davon, daß die Madonna von St. Moritz viel schöner, viel empfindener, viel harmonischer gemalt sein soll als die von Dresden, bestünde ihr beweiskräftigster Vorzug darin, daß sie auf ein einziges Stück feiner Leinwand gepinselt ist, während die Dresdner auf zwei Stücken prangt, die zudem schlecht zusammengenäht sind — soll, so fragt die Bardutt-Partei, Raffael so geschludert haben? Und dann kommen die historischen Beweisversuche . . . wir schenken sie uns.

*

Die Sache ist sehr lustig, auch wenn der Amerikaner schimpft. Natürlich wollen die Dresdner nichts davon wissen, daß ihre Madonna bei einigen Kunstsachverständigen in zweifelhaftem Rufe steht. Seinerzeit hat wohl der Galeriedirektor Lübke dem Herrn Bardutt eine Gegenüberstellung der Bilder gestattet, aber nur für eine Stunde, und dabei sein durfte, glaube ich, ungefähr auch niemand. Sollte aber eines Tages die Frage doch noch zugunsten der Madonna von Sankt Moritz geklärt werden, dann ginge ein tolles Gelächter durch die Welt: wie viele erschauerten nicht vor der Dresdner Madonna bloß deshalb, weil's der Katalog, die äußere Aufmachung, die familäre und pensionäre Tradition so vorschreibt? Wie viele ähneln nicht unserem Amerikaner?

*

Der Gute war sehr unglücklich. Der Hinweis darauf, daß auch um die „Mona Lisa" im Pariser Louvre ein Mysterium etwas anderer, aber doch verwandter Art schwebt, vermochte ihn nicht zu trösten. Man erzählte: Mona Lisa, die die Tochter eines vornehmen, aber armen neapolitanischen Edelmannes war, lächelt nach kunstsachverständiger Auffassung auf dem berühmten Bilde, das der Nachwelt von ihrer Schönheit Kunde und Kenntnis gibt, im Gedanken an den Streich, den sie ihrem Manne spielt, dem ebenso reichen, wie brutalen und unsympathischen Geiser und Schlächter Francesco del Giocondo, den sie auf Geheiß ihres Vaters hatte heiraten müssen. Sie empfand keine Liebe für ihn, aber ihr Vater empfand Liebe für sein Geld. Indes war Mona Lisa von heftiger Neigung für den Maler Leonardo da Vinci befallen, und es steht auch fest, daß diese Neigung vollkommen auf Gegenseitigkeit beruhte. Daß Leonaro Mona Lisa malte, schuf die einzige Gelegenheit, mit ihr zusammen zu sein: das ist die Erklärung, warum er vier Jahre zu dem Bild brauchte . . . oder vielmehr zu den zwei Bildern: nur ist die zweite, die wahre „Mona Lisa" schon verschollen; Leonardo da Vinci hatte sie vollkommen nackt gemalt. Diese nackte „Mona Lisa", versichern die Fachleute, ist das eigentliche Hauptwerk Leonardos, und die „Mona Lisa" im Louvre, versichern sie weiter, ist nur zur Täuschung des Schlächtergatten so ganz nebenbei gemalt worden. Und was man im Louvre sieht, ist also ganz offenbar diese mäßige und unwichtige Selbstkopie.

*

Alle lachen, nur der Amerikaner, dem man doch diese Geschichte in allererster Linie erzählt hat, bleibt verärgert: durch die Louvre-Erzählung, murmelt er, habe eben auch sein Paris-Trip im vorigen Jahr an Wert verloren. Finster blickt er vor sich hin . . . und gelegentlich auf die vielleicht falsche Sixtinische Madonna vor sich . . . hat er nun, fragt er sich, in Dresden die wahre Kunst gesehen oder nur die halbwahre Kunst, die wahre Inbrunst oder nur die Kopie der Inbrunst? Hätte er in Sankt Moritz interessiert sein dürfen, aber nicht in Dresden und nicht in Paris? Es ist, nicht wahr, nicht ganz einfach, ein Snob zu sein . . .

— — es ist aber, denkt der Amerikaner, vielleicht angebracht, sich bei Cook wegen der schlechten Informationen zu beschweren.

Im Laufe des Abends teilt der Herr denn auch einen entsprechenden Entschluß mit.

Merkwürdig: uns anderen war das Lächeln vergangen. Wir waren uns bewußt, wie oft wir selbst der Suggestion der Kunstlüge erlegen waren. Und wir schämten uns vor uns selbst.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung.

Der Leiter des Landeszentralarbeitsamtes für Nordböhmen in Reichenberg, Herr Insp. K. Janecký ersucht uns um die Veröffentlichung der nachstehenden Darlegungen.

Anläßlich der gemeinsamen Reichstagung der deutschen sozial-demokratischen Partei und der Gewerkschaftsorganisationen wurde in den Programmpunkten auch die „Einflußnahme der Gewerkschaften auf den Arbeitsmarkt" und nachträglich genauer „Unverzügliche Schaffung eines Gesetzes, womit paritätisch verwaltete Arbeitsvermittlungsanstalten mit Zwangscharakter errichtet werden", angeführt. Die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse beweisen wiederholt, daß es unbedingt notwendig ist, sich mit der Frage der Regelung der Arbeitsvermittlung zu befassen. Je früher dies geschieht, desto besser und je besser, desto mehr zum Vorteil für diejenigen, die sie benötigen. Das Interesse derjenigen, die die Arbeitsvermittlung in Anspruch nehmen müssen, müssen alle vor Augen haben, die in dieser Sache entscheiden werden. Die Verhältnisse und die Praxis aus den Jahren der schweren Krisis der Nachkriegsjahre, sowie die gegenwärtige ungünstige Situation in einer Reihe von Bezirken beweisen immer mehr, daß nur der tunlichst zentralisierte Arbeitsmarkt den gewünschten Erfolg bringen kann und tatsächlich auch bringt. Auch der zentralisierte Arbeitsmarkt kann sich jedoch nur dann in vollem Maße geltend machen und bewähren, wenn die Vermittlungsstellen gehörig ausgebaut sind, d. h. wenn sie entsprechend untergebracht sind, geeignet eingerichtete Räumlichkeiten haben, mit moderner, d. i. praktischer zweckmäßiger Einrichtung ausgestattet sind und auch genügend Personal haben. Die heutigen „Stellenvermittlungen" haben sich nicht nur mit der eigentlichen Arbeits- und Dienstvermittlung zu befassen, sondern sie haben auch wichtige Aufgaben bei der Arbeitslosenfürsorge. Daß die öffentliche allgemeine unentgeltliche Arbeitsvermittlung nicht nur sozial wirkt, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist, beweisen die erzielten Erfolge:

Im Jahre	Angemeldete Stellen	Angemeldete Bewerber	Vermittlungen
1927	483.188	606.172	404.299
1928	527.263	572.942	421.981
1929	560.612	615.752	446.630

Dies sind die Erfolge der öffentlichen Arbeitsvermittlung in Böhmen. Heuer, obwohl unter den ungünstigsten Verhältnissen gearbeitet wird, kann nach den bisherigen monatlichen Erfolgen mit einer ähnlichen Anzahl von Vermittlungen wie im Jahre 1929 gerechnet werden. Die Arbeitsvermittlungsanstalten sind berufen bei dem Schutze des einheimischen Arbeitsmarktes mitzuwirken, sie haben der Lehrstellenvermittlung ein besonderes Augenmerk zu widmen und die Berufsberatung vorzunehmen oder wenigstens vorzubereiten. Sie sind verpflichtet die Statistik über den Arbeitsmarkt und über die Arbeitslosigkeit mit den dazu gehörenden Berichten vorzulegen. Sie müssen daher alle Umstände, die mit dem Arbeitsmarkte zusammenhängen, beobachten und zwar nicht nur im engeren Wirkungskreise, sondern im ganzen Lande, bzw. im ganzen Staate, wie dies die interlokale Arbeits- und Dienstvermittlung erfordert.

Am besten ist die Arbeitsvermittlung in Böhmen ausgebaut, in Mähren-Schlesien kann mit einer weiteren Entwicklung der bestehenden Vermittlungsstellen gerechnet werden, da die Sache Anfang September im Zusammenhange mit der Notwendigkeit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in dem Landesausschusse näher besprochen wurde. Auch in der Slowakei wurde eine außerordentliche Sitzung des Landesausschusses einberufen, die sich mit der Frage des Ausbaues des Netzes der öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen befassen sollte, und wir erfahren auch, daß im Ministerium für soziale Fürsorge das Gesetz über die Arbeitsvermittlung für die Herbsttagung des Parlaments vorbereitet wird, bzw. schon vorbereitet wurde.

Den Vertretern der politischen Parteien bzw. den Gewerkschaften wird sich daher die Möglichkeit bieten, zu der Frage der Regelung der Arbeitsvermittlung und des Arbeitsmarktes Stellung zu nehmen und auf diese Regelung Einfluß auszuüben. Die Einflußnahme der Gewerkschaften auf den Arbeitsmarkt ist jedoch auch bereits jetzt vor der einheitlichen Regelung der Arbeitsvermittlung reichlich möglich. Die öffentliche Arbeits- und Dienstvermittlung ist eine Einrichtung der früheren Autonomieverwaltung und auch jetzt entscheiden z. B. über den Ausbau der Bezirksanstalten für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung in Böhmen die Bezirksausschüsse und Bezirksvertretungen, über den Ausbau der Landesanstalten der Landesausschuß und die Landesvertretung. Hier können überall die Vertreter aller Parteien und Gewerkschaften ihren Einfluß geltend machen. Sie können und sollen die Gelegenheit dazu auch in den paritätischen Aufsichtskommissionen bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalten suchen und finden. Die paritätischen Aufsichtskommissionen bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen in Böhmen sollten bereits nach den Erlässen des Landesausschusses für Böhmen vom 4. Jänner 1904 Zahl 110.011/1903 und des Landesverwaltungsausschusses vom 26. April 1919, Zahl 34.647/II ai 1919 errichtet werden. Wenn das notwendige Interesse für den wirklichen Ausbau der öffentlichen Arbeits- und Dienstvermittlung vorhanden gewesen wäre, hätten wir heute sicher schon die „paritätisch verwalteten Arbeitsvermittlungsanstalten" gehabt. Es kommt nicht auf die Worte, das ist auf die Benennung sondern auf die Kompetenzen der paritätischen Korporation, es spielt daher keine große Rolle, ob man sagt: „Paritätische Aufsichtskommission", „paritätische Verwaltung", „Aufsichtsrat", oder „Aufsichtsausschuß", oder „Verwaltungsrat" bzw. „Verwaltungsausschuß".

Wir brauchen bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung eine paritätische Einrichtung, die gewillt und in der Lage wäre, im Interesse aller derjenigen, die die Arbeits- und Dienstvermittlung in Anspruch nehmen brauchen oder müssen, zum Ausbaue der öffentlichen Arbeitsvermittlung beizutragen. In einigen Bezirken bestehen diese paritätischen Einrichtungen und in den übrigen Bezirken ist allen Parteien und Gewerkschaften in Böhmen die Möglichkeit gegeben bei der Bezirksbehörde — ohne auf ein diesbezügliches Gesetz zu warten — um die Konstituierung bzw. Ernennung ähnlicher „Aufsichtskommissionen" anzusuchen, bzw. diesbezügliche Anträge zu stellen. Mit diesen Worten soll natürlich keinesfalls gesagt werden, daß wir die einheitliche gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung im ganzen Staate nicht benötigen. Bis jetzt waren es hauptsächlich die Organisationen der Angestellten der öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen, die bereits wiederholt die verschiedensten Versuche gemacht haben, die zu einer einheitlichen Regelung der Arbeitsvermittlung beitragen sollten, welche hauptsächlich den Ausbau derselben in den anderen Ländern des Staates etwa ähnlich wie sie jetzt in Böhmen ausgebaut ist, mit sich bringen sollte.

In den Bezirken, in denen das nötige Interesse vorhanden war, haben wir heute gut eingerichtete und daher auch mit vollem Erfolg arbeitende Arbeitsvermittlungsanstalten, die nicht nur dem Arbeiter das Suchen einer Stelle, sondern auch dem Arbeitgeber das Suchen der Arbeitskraft ermöglichen und erleichtern. Je besser die Anstalt ausgebaut ist, desto besser wird der gesamte Arbeitsmarkt erfaßt, je größer sich die Zersplitterung des Arbeitsmarktes zeigt, desto schwieriger ist es den entsprechenden Ausbau der Arbeitsvermittlungsanstalt zu erlangen. Demzufolge müssen sich dann die Arbeitnehmer mit den Arbeitgebern auf verschiedenste Art und Weise suchen, was nicht nur mit unnötigen Wegen, sondern oft auch mit ziemlichen Auslagen verbunden ist. Mehrere „auf eigene Faust" arbeitende Stellenvermittlungen in einem Orte erzielen nie zusammen den Erfolg, den eine gut ausgebaute allgemeine gemeinnützige Vermittlungsstelle erreicht; der zentralisierte Arbeitsmarkt gewinnt nach und nach neue Kunden, weil er sie rasch und gut bedienen kann, die zersplitterten Vermittlungsstellen zwingen unwillkürlich und indirekt sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer zur Umgehung der Vermittlungsstellen überhaupt, weil diese leicht zu der Meinung kommen, daß sie direkt eher zum Ziele kommen, als wenn sie sich an mehrere Stellen wenden und die richtige und leistungsfähige erst suchen müssen.

K. Janecký.

Wildschützen.

Von Franz Leitner (Linz).

Der Jäger muß nun einmal des Wilderers Feind sein. Begegnen sie einander in den Bergen, so heißt das für den Wildschützen schon so viel wie einige Monate Kerker. Und sobald des Jägers Gewehrlauf auf ihn gerichtet ist — da ist schon manches Wildschützen Stutzen früher losgegangen. Dann und wann liest man in den Zeitungen von Feuergefechten zwischen Wilderern und Jägern, wobei der eine oder andere tot im Berggras liegen geblieben ist. Wie es herging — fast nie wird es aufgeklärt. Der eine schweigt ja oder redet zu seinen Gunsten, der andere wurde zum Schweigen gebracht und der weit und breit menschenleere Forst gibt die Wahrheit nicht preis.

Es war 1920. Damals wurde arg gewildert; trieb doch viele der Hunger dazu und Schießen hatte man ja im Krieg berufstätig betrieben, auf Menschen, die eigentlich nicht dazu da waren — warum nicht auch auf Tiere, die dazu da sind?

Es war also im Jahre 1920 im Weißtwassergebiet an der steiermärkisch-oberösterreichischen Grenze: Forstarbeiter keuchten mit Rucksack und Werkzeug bebürdet die steile Leiten hinauf zu ihrer Arbeitsstätte. Monatelang kommt außer den Holzknechten kein Mensch hierher. Sie schreiten still fürbaß, selten ein Wort, selten ein Blick nach rechts oder links, schleppend einer nach dem anderen.

Da schreit einer: „Schauts, was da ist?"

Links neben dem Baum ein Jagdhund, der kläglich winselt. Daneben ein Mann, den Kopf voller Blut. Er ist starr und tot. Sie erkennen den Jäger von Larnsack; neben ihm liegt abgebrochen sein Gewehr. Zwei gehen sofort hinunter und melden. Große Streifen durch die ganze Gegend werden von Gendarmen, Jägern und Forstarbeitern gemacht, aber niemand weiß etwas bis heute.

Wird wohl ein Wilderer vom Jäger scharf gestellt worden sein und da ist es oft so wie im Krieg: Du oder ich! Und der Wilderer war flinker oder hat besser gezielt und den Gegner niedergekracht.

*

Eine andere Geschichte aus demselben Jahre. Drei Burschen wildern im Hintergebirge, steigen den Kaizengraben hinauf, kommen gerade beim Förnbachriedl an. „Halt!" Kurz vor ihnen steht ein Jäger, neben ihnen ein zweiter, die Gewehre angelegt. Zwei Burschen sind schon in den Büschen. Der dritte — Aschauer — duckt sich; vielleicht will er schießen. Der Jäger in Deckung schießt zuvor und trifft. Die andern zwei hören noch den Aufschrei des Kameraden, laufen aber weiter. Aschauer wurde am Bein verletzt. Die Jäger verbanden ihn. Dann bat er sie, ihm einen Bergstock abzuschneiden, worauf er allein den Heimweg antrat. So berichtete der Jäger. Heimgekommen ist der junge Wilderer nie; er ist seither verschollen. Auch seine Leiche konnte nicht aufgefunden werden, obwohl Dutzende Forstarbeiter viele Tage hindurch überall gesucht haben und schließlich behördliche Organe auch.

Im Volk aber meint man allgemein, der geheimnisvolle Begleiter habe irgendwas mit Aschauer gemacht. Das ist natürlich nur Volksstimme, Gewisses weiß man gar nicht, nur daß der Name dieses Begleiters bis heute noch nicht festgestellt ist. Der Jäger aber ist noch angestellt beim Grafen Lamberg, der die Jagd von der österreichischen Bundesforstverwaltung gepachtet hat.

Der schwarze Hiasl und die Seinen.

Während wohl alle Wilderer heute ihr Geschäft nur gelegentlich betreiben, gab es früher sozusagen berufsmäßige Wildschützen. Die hatten eine eigenartige Arbeitseinteilung. Bei Mondaufnahme hausten sie im Wirtshaus, in den Tagen der Mondabnahme und des Neumondes streiften sie durch Forst und Fels. Einer der berüchtigsten muß zu Ende des vorigen Jahrhunderts der schwarze Hiasl gewesen sein. Ueberall wird von ihm erzählt. Man sagt, den Namen habe er davon, daß er den Ruß nie recht vom Gesicht gebracht hat.

Jeder Mensch der weitesten Umgebung wußte um die Taten des Hiasl, aber er wurde nie erwischt. Der stolze, trotzige Wildschütz überragte alle Jäger an Mut, Ortskenntnis und Klugheit, und viele heimliche Freunde hatte er auch, besonders unter den Holzknechten. Um so tragischer sein Ende: Verraten durch einen Holzknecht.

Im Ebenforst hatte er gewildert. Ein Holzknecht sah ihn dabei, lief hinunter zum nächsten Jägerhaus und verständigte den Jäger. Dieser eilte zu seinem Jagdherrn und beide gingen hinaus und paßten dem Wilderer an günstiger Stelle ab. Auf dem Triftsteig mußte er herunterkommen. Hiasl kam, schwer beladen. Der Förster schrie ihn an: „Hände hoch!"

Der Hiasl soll: „Langsamer Teigaff!" erwidert haben. Darauf der Jäger zum andern: „Herr, darf ich schießen?"

„Ja, aber nur auf die Füß!"

Und die ganze Schrotladung ging dem Wilderer in die Brust.

Er blieb in seinem Blute liegen, Holzknechte brachten ihn zu Tale. Die Wunde ging in Brand über und nach zwei Tagen war der beste Freund der damaligen Proletarier tot. Der Verräter mußte über alle Berge.

Holzknechte haben an der Stelle des Ueberfalls eine Gedenktafel aufgestellt. Dutzendemale ist sie von Jägern zerschlagen worden, aber die treuen Kerle gaben nicht nach und die Tafel soll heute noch dort stehen.

Die Beichte im Sterbebett.

Auf Leben und Tod — eine Geschichte noch aus dem hinteren Kremstal: Der Oberjäger und sein Begleiter waren im Revier. Hören über die Wandeln Schüsse hallen. Drüber dem Tal. Gamswilderer! Hinüber!

Behutsam arbeiten sie sich auf dem engen Steig an der Mauer vorwärts. Der Begleiter bleibt etwas zurück. Plötzlich ein hallendes Halt! und gleich darauf ein gellender Aufschrei. Der Jäger sieht den Vorderen die tiefe Wand hinunterstürzen und vernimmt nach entsetzlichen langen Sekunden oder Minuten einen dumpfen Aufschlag. Der Wildschütz war mit dem Oberjäger zusammengestoßen und hatte ihn hinuntergerannt, ehe der andere etwas tun konnte. Der Wildschütz entkam.

40 Männer saßen in langer Untersuchungshaft, man konnte aber keinem den Mord nachweisen. Lange hallte kein Schuß mehr über die Wände und ein paar Jahre konnte das Wild in Frieden seine Fährten ziehen.

Aber auch das war schon wieder vorbei, als ein Bauer auf dem Sterbebette den Mord beichtete. An ihn hatte niemand gedacht, da er fernab sein Wilderer-Revier hatte.

Wildschützenstreiche.

Natürlich weicht der Wildschütz dem Kampf mit dem Jäger aus, wo immer er kann. Er schießt nur, wenns um sein oder des andern Leben geht. Am liebsten ist es ihm, wenn er vom Jäger nichts hört und sieht oder ihm einen Schabernack spielen kann.

Es war noch in Friedenszeiten, erzählt R. H., da waren auf der Menaueralm im Hengstgebirg zwei saubere Menscher, die Schwoagarin (Sennerin) und die Halderin (ihre Gehilfin). Auf die Schwoagarin hat der Jäger R. ein Aug gehabt. Er ist fleißig bei der Alm zugekehrt und hat häufig oben übernachtet. Es ist ihm aber nie gelungen — hat sie gesagt.

Ich und ein anderer Holzknecht sind auch oft schwoarn (auf die Alm) gegangen. Denn da oben waren nicht nur die feschen Dirndln, sondern auch ein wunderbares Gamsgebiet. Da hat es aber aufpassen geheißen, weil wir nie wissen konnten, ob nicht der Lackl an diesem Tag auch wieder oben ist. Und wir sind nie ohne Stutzen hinaufgegangen. Freilich, uns anzugehen, hätte er sich nicht getraut, aber am nächsten Tag hätte er vorgepaßt.

Nu ja, wir haben uns zu helfen gewußt, haben mit die Weiberleut gehandelt und ausgemacht, die Menscher geben uns ein Zeichen. Ist er oben, so hängen sie ein Klecktuch (in das man Heu einfaßt, um es vom Berge zu tragen) auf das obere Zaunek. So haben wir von weitem gesehen: aha, heut ist die Jagerkraxn da. Dann haben wir Fichtenäst abgeschnitten und auf das Klecktuch gelegt zum Zeichen, daß wir auch da sind.

Die Schwoagarin hat jetzt den Jäger den ganzen Tag hinhalten müssen (wie sie das angestellt hat, weiß ich freilich nicht) und wir haben die ganze Zeit frei und sicher gepirscht. Und ist am Abend der Jäger doch heimgereist, so ist es uns in der Alm auch nicht gar schlecht gegangen. Auf der Ofenbank haben wir bestimmt nie geschlafen.

Wenn der Kollege unvorsichtig ist.

Auch untereinander spielen sich die Wildschützen gelegentlich einen bösen Streich, wie das folgende Abenteuer des alten Bertl zeigt:

Zu dritt waren wir auf der Hiaslalm, es war gerade am Ende der Schießzeit, in der man den Gams nur mehr wegen des Barts, nicht mehr wegen des Fleisches jagt. Wie wir herüberkommen über den Hofsattel, tuschts. Himmelsakra — ein Jäger! Ich schau durchs Fernrohr. Ja, das ist ja ein unsriger Kollege! Der schleppt bald den Gams ein Stück herunter und hängt ihn an eine Fichte, woran schon ein zweiter hängt. Durchs Glas seh ich, daß er den Bart gar nicht ausreißt. Aha, du Luada, willst noch ein paar schießen! Richtig, er geht weg, wir pirschen hin, reißen den Gamsen Bart und Krucken aus, hängen mit einer Schnur die Gamsen wieder auf die Fichte und verstecken uns. Sag euch, hat der ein dummes Gesicht gemacht, wie er mit dem dritten Gams dahergekommen ist und die Bescherung gesehen hat. Aber wieder ist er weggegangen und wir haben noch einmal dasselbe gemacht.

Der hat dir geschimpft, wie wir ihn im Wirtshaus einmal drüber gfragt habn. Mir hat er gewunschen, daß mich dem Teufel sei Ahnl ins höllische Pech- und Schwefelfeuer eintaucht. Aber wir haben die Gschicht nicht früher verraten, als bis wir einmal alle drei beieinander waren.

Harrgott, schließt der Ergrauende, warn dir das schöne Zeiten! Aber Zsammhaltn hats gheißen, zsammhaltn wie die Klettn. Zsammhalten, woaßt, zsammhalten — is alls!

Kunstschätze aus dem Meer.

Funde bei Kap Artemis.

Die attische Halbinsel läuft nach Südosten hin spitz aus in das Kap Artemis, berühmt durch das ganze Altertum, besungen noch zuletzt im Andenken an Themistokles von Lord Byron gleich in den Anfangsversen zum „Giaur", wo ein lachender Himmel fast zu jeder Jahreszeit „über die gesegneten Inseln lächelt". Nur in den Zeiten, wo die größeren Weltmeere ihren Strand mit Sturmfluten heimsuchen, im Herbst und im Frühjahr, ist auch das Kap Artemis am aegäischen Meere, stürmisch und schon von den alten Seefahrern gefürchtet gewesen. So manche Trieme der griechischen und römischen Zeit und noch manche Galeere des späteren venezianisch-genuesischen Mittelalters ist hier gestrandet, gescheitert, in den Fluten versunken. Von einem solchen Schiffbruch, der vor 2000 Jahren ein griechisches Schiff betroffen hat, erhalten wir nun Kunde durch die Arbeiten einer athenischen archäologischen Expedition, die mit aller Sorgfalt den Meeresgrund nahe Kap Artemis an der attischen Küste durchforscht hat nach kostbaren Bildwerken, die damals mit untergegangen sind.

Im vorigen Jahre zog ein Fischer, der seine Netze ausgeworfen hatte, mit einem unerhört glücklichen Fischzug eine wunderbare Zeusstatue aus dem Meere. Später fand man an derselben Stelle ein Pferd aus Bronze und Bruchstücke einer Knabenfigur, und nun, ganz kürzlich erst, wurden die noch fehlenden Teile zu diesen beiden letzteren Skulpturen aus dem Wasser gezogen, so daß diese nun wieder vollständig hergestellt werden können.

Die meisten antiken Kenner, die sich mit den beiden Fragmenten bisher befaßt haben, hielten dafür, daß es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Wagen handeln müsse, der von einem Pferde gezogen wurde. Nun zeigt sich aber, daß die ganze Gruppe ein bäumendes Pferd darstellt, auf dessen Rücken der Knabe steht. Diese letztere Statue, der Knabe, gehört dem zweiten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung an, während das Pferd schon dem 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung zuzuschreiben sein dürfte. Nun sind solche uns eigenartig berührenden Kombinationen verschiedener Bildwerke bei den Griechen des öfteren vorgenommen worden, so daß also an der Zusammengehörigkeit von Pferd und Reiter deswegen nicht gezweifelt werden darf. Der Knabe ist eben später, und vielleicht sogar nach absichtsvollem Plan, zu dem Pferde hinzugeschaffen worden. Es war also ein überaus glücklicher Zug, den die Statuenfischer vom Kap Artemis mit der schönen, neuen Gruppe getan haben. Aber auch sonst noch ist allerlei Interessantes aus der einstigen Ladung des Schiffes an die Wasseroberfläche gekommen: so einige Bronze- und Eisennadeln, Holzstücke und verschiedene Gegenstände, darunter der Bleianker und nicht zu vergessen einige Siegel, aus denen unzweideutig hervorgeht, daß der Schiffbruch im 1. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung hier am Kap Artemis vor sich gegangen sein muß.

Bei Gelegenheit dieses Statuenfischzuges darf noch erinnert werden, daß die künstlerische Archäologie eine ganze Anzahl kostbarer Bilderwerke, ja gerade der schönst erhaltenen Statuen, aus dem Meere empfangen hat. Manche Aphrodite und Venus ist wieder aus den Fluten hervorgestiegen. Das Mittelmeer birgt wohl noch viele herrliche Schätze, die der Kunsthandel des Altertums und die Sammelfreude von Kunstliebhabern in Athen, Rom, Byzanz und Alexandria wollte, die dann aber den höheren Gewalten des Sturmes und der Wogen zum Opfer fielen.

H. M.

Genossen! Ihr müsset unausgesetzt für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Setzt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen **agitiert**

Kinderfreunde Prag.

Samstag, 4. Oktober,

Ausflug nach Zátiší.

Treffpunkt: Endstation der 17er und 21er Linie um 3 Uhr nachmittags. Führung die Genossinnen Hofbauer und Fuchs.

Heiliges Amerika!

Die europäische Presse hat ein großes amerikanisches Ereignis unbemerkt gelassen. Die Vereinigten Staaten haben nun endlich ihre ersten wirklichen, vatikanisch approbierten Heiligen — keine Scheinheiligen, und sogar gleich acht an der Zahl — erhalten! Einem tiefempfundenen Bedürfnis wurde Rechnung getragen.

Am 29. Juni dieses Jahres hat der Papst acht Jesuitenpatres, die vor etwa 300 Jahren den Indianern Nordamerikas die Tröstungen des Christentums überbrachten, während die anderen Abgesandten Europas mit Feuergewehren und Feuerwasser anderweitig um das Wohl der Wilden bemüht waren, endgültig und unwiderruflich für heilig erklärt. Es war auch in der Tat ein unerträglicher Zustand, daß die an sonstigen Gütern reich gesegneten Vereinigten Staaten bisher keinen einzigen echten USA.-Heiligen aufzuweisen hatten. Daß der Heiligsprechungsprozeß 300 Jahre währte, mag dem Laien vielleicht etwas allzu gründlich erscheinen, ist aber eigentlich ein echt amerikanisches Tempo zu nennen, wenn man bedenkt, daß die Jungfrau von Orleans gar fünf Jahrhunderte und andere Heilige noch länger auf die Kanonisation warten mußten . . .

Die amerikanischen Zeitungen benützen den Anlaß der Heiligsprechung, um daran zu erinnern, daß kraft der persönlichen Fürbitte der Heiligen bereits zahlreiche Kranke und Brefthafte durch den Besuch der Gräber der Jesuitenpatres (die bei ihrem Tode erst sozusagen Heiligen-Kandidaten waren) vollkommen gesund geworden sind. Die Herren Dr. Eugen St. Jack, Dr. L. E. Fortier und Dr. Robert haben diese Tatsache — bitte sehr! — vor der zuständigen vatikanischen Behörde einwandfrei bezeugt. Auriesville (New York) und Midland (Ontario) heißen die Orte, denen solche wunderbare Heilerfolge nachgerühmt werden.

Schreckliche Aussichten von Konnersreuth, Lourdes und die anderen Gnadenkurorte Europas! Welcher Amerikaner wird in der Zeit tiefstgesunkener Börsenkurse noch die Kosten einer Europareise auf sich nehmen, wenn in seinem eigenen Vaterlande gleich zwei Wunderkurorte ihre Wirksamkeit mit päpstlicher Genehmigung eröffnet haben? Auch Zeileis wird nichts zu lachen haben.

Und dabei bedenke man noch, daß amerikanische Heilige eine ganz andere Efficiency (Wunderwirkung) an den Tag legen als ihre europäischen Kollegen! Leo Korten.

Aus der Partei.

Die Prager Genossen zur politischen Lage.

Entschließungen der Jahresversammlung der Bezirksorganisation in Prag.

Die deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation in Prag hielt am Dienstag, den 30. September ihre Jahresversammlung ab, die von mehr als 200 Mitgliedern besucht war. Zu seinem Berichte konnte der Vertrauensmann Genosse Schönfelder mit Befriedigung auf das Wachstum hinweisen, das die Bezirksorganisation im letzten Jahr erfahren hat. Bei den vorgenommenen Wahlen wurde Genosse Schönfelder abermals zum Vertrauensmann gewählt.

Sodann hielt der Senator Genosse Dr. Holitscher ein politisches Referat, in welchem er sich auch mit den Prager Demonstrationen beschäftigte. Zum Schlusse wurde folgende Resolution angenommen.

Die Jahresversammlung der Bezirksorganisation Prag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei verurteilt auf das entschiedenste die nationalistischen Demonstrationen, deren Schauplatz Prag in der letzten Woche gewesen ist und stellt fest, daß die tschechischen Parteien und ihre Presse mit offener oder heimlicher Sympathie den faseistischen Demonstranten, die unter dem Deckmantel des Patriotismus ihr dunkles Werk verrichtet haben, gegenüber gestanden sind. Eine einzige Ausnahme bildet die tapfere Haltung der tschechischen Sozialdemokratie, welche allein den nationalistisch-faseistischen Bestrebungen klar, entschieden und mutig entgegengetreten ist. Die Versammlung gibt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß es nur der engsten Zusammenarbeit der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie gelingen wird, den Fascismus in der Tschechoslowakei niederzuwerfen. Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten in Prag wünschen auch auf lokalem Gebiete die engste Zusammenarbeit mit den tschechischen Genossen der Hauptstadt.

Zur politischen Lage in der Tschechoslowakei wurde sodann folgende Entschließung genehmigt.

Die gemeinsame Politik der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie in Regierung und Parlament hat sich bewährt und die Versammlung spricht dem Vertreter der Partei in der Regierung unserer parlamentarischen Vertretung sowie dem Parteivorstande, für deren geleistete Arbeit Dank und Vertrauen aus.

Jugendbewegung.

S. J., Prag. Heute in der Gec Vortrag der Genossin Bloch über „Das Wesen der Sozialversicherung". Beginn 8 Uhr.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag (247—3), halb 8 Uhr: „Meine Schwester und ich". Freitag, 7½ Uhr: I. Philharmonisches Konzert. Samstag (248—4), 7½ Uhr: „Cécile". Sonntag, 2½ Uhr: „Meine Schwester und ich"; 7 Uhr (249—1): „Die Zauberflöte". Montag (250—2) 7½ Uhr: „Cécile".

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 7½ Uhr: „Irrgarten der Liebe". Freitag, 7½ Uhr: „Prinzessin und Eintänzer". Samstag, 7½ Uhr: „Meine Schwester und ich". Sonntag, 7½ Uhr: „Prinzessin und Eintänzer". Montag (Bankbeamten I): „Liebe auf dem Lande".

Spielplan des Tschechischen Nationaltheaters. Donnerstag „Der Steinklopfer", Freitag „Die Laterne", Samstag nachmittags „Der Dudelsackpfeifer von Strakonitz", abends „Der Steinklopfer", Sonntag nachmittags „Der Teufel und die Käthe", abends „Boris Gudonov", Montag „Der Trotzkopf" — „Im Brunnen", Dienstag „Maschinist Hopkins", Mittwoch nachmittags „Die verkaufte Braut", abends „Die Laterne".

Spielplan des Ständetheaters. Donnerstag „Zar und Zimmermann", Freitag „Die Kinder des alten Junggesellen", Samstag nachmittags „Der Postillon von Lonjumeau", abends „Hoffmanns Erzählungen", Sonntag nachmittags „Sex appeal", abends „Der Dudelsackpfeifer von Strakonitz", Montag „Die Kinder des alten Junggesellen", Dienstag „Der Dudelsackpfeifer von Strakonitz", Mittwoch nachmittags „Und das nennt sich Liebe", abends „Die Kinder des alten Junggesellen".

Sport • Spiel • Körperpflege

Der bürgerliche Sport

im internationalen Spiegelbild.

Das in Montevideo ausgetragene Welt-Turnier in Fußball ist — wie man weiß — mit dem Siege Uruguays über Argentinien beendet worden. Voller Wut bombardierten die Argentinier in ihrer Hauptstadt Buenos Aires das Konsulat von Uruguay, und die Polizei mußte die Menge angreifen, die allzu brutal ihre Unzufriedenheit kundgab.

Es ist so, daß der Sport, wie er von den bürgerlichen Verbänden verstanden wird, zu Konflikten führen muß. Die Schuld fällt auf diejenigen, die den Sport in den Dienst einer nationalistischen Propaganda stellen und auf diejenigen, die die chauvinistischen Gefühle der Massen aufstacheln, um ihre Sportplätze zu füllen.

Auf diese Gefahr ist bereits von Sportjournalisten, die über ihre Nasenspitze hinaus zu sehen vermögen, hingewiesen worden. So schrieb erst letztens Herr Pfefferkorn von der Pariser Zeitung „Sports", daß die Diplomatie sich mehr und mehr des Sports als Propagandamittel bediene. Die Reise französischer Sportler nach Japan ist von Diplomaten in die Wege geleitet worden. Französischer Einfluß im fernen Osten.

Bei den Beratungen des bürgerlichen belgischen Fußballverbandes wegen der Entsendung einer Mannschaft nach Montevideo empfahl der Präsident des Verbandes, dafür zu stimmen, „um den Interessen der belgischen Erzindustrie zu dienen", d. h. dem Profit der Industrieherren.

Italien hat aus dem Sport eine Staatsangelegenheit gemacht; seine Außenpolitik und sportliche Aktivität wendet es Mitteleuropa zu. Es hat die besten Beziehungen mit Horthy-Ungarn. Erinnern wir uns der skandalösen und gemeinen Anwürfe der faseistischen Presse nach dem Spiel Oesterreich—Ungarn gegenüber der österreichischen Republik; nur weil die österreichische Mannschaft siegte.

In Ungarn bedient sich die Diktatur des Sports zur Aufstachelung des Nationalgefühls. Der ungarische Sportverband hat eine Erinnerungsmedaille herstellen lassen, die seinen Gästen überreicht wird. Sie stellt einen Sportplatz dar. Im Hintergrund die aufgehende Sonne, die die Form des ungarischen Gebietes hat, so wie es vor der Zerstückelung durch den Friedensvertrag aussah. Den Tschechen gab man bekanntlich eine solche Medaille, die sie zuerst annahmen, aber als sie sahen, was sie hatten, diese zurückstellten. Aber der tschechische Sport ist um nichts weniger frei von Chauvinismus.

Polnische Leichtathletikmeisterschaften. An den vom polnischen Arbeiter-Sportverband in Lodz durchgeführten Verbandsmeisterschaften beteiligten sich 130 Sportler und Sportlerinnen aus den Bezirken Warschau, Lodz, Kattowitz, Krakau und Lwow. In den männlichen Wettbewerben gewann die Mannschaftsmeisterschaft der Arbeiter-Sportklub Skra Warschau, bei den Frauen der Arbeiter-Sportklub Legja Krakau. An beachtenswerten Einzelergebnissen wurden erzielt: 100 Meter: Skra 11.6 Sek.; 200 Meter: Skra 24.8 Sek.; 400 Meter: Skra 57.4 Sek.; 800 Meter: Legja Krakau 2:08 Min.; 1500 Meter: Legja 4:30.3 Min.; 5000 Meter: TUR Lodz 17:31 Min.; 4×100 Meter: Skra 49 Sek.; Hochsprung: Skra 1.69½ Meter; Weitsprung: Skra Pietrkow 6.07 Meter. — Sportlerinnen: 60 Meter: Legja Krakau 8.8 Sek.; Hochsprung: TUR Lodz 1.31 Meter; Kugelstoßen: Legja Krakau 8.12 Meter; Weitsprung: Legja 4.32 Meter; Diskus: Skra Pietrkow 25 Meter.

Eine neue Autokarte der Tschechoslowakischen Republik 1:300.000 gibt soeben unter Mitwirkung der „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Automobilclubs" und des „Deutschen Motor-Touring-Clubs in der Tschechoslowakischen Republik" die bekannte Kartographische Anstalt Freytag & Berndt, A.-G., Wien VII., in zwölf Blättern heraus. Vorerst erscheinen die Nummern 201 bis 206, die übrigen werden in Kürze folgen. Preis 14 Kč für jedes Blatt. Durch die Mitarbeit bodenständiger Fachkreise ist die Richtigkeit des Karteninhalts gewährleistet. Bei der Bearbeitung der Karte sind bezüglich der Ortsnamen genau die Sprachgrenzen beobachtet, so daß die Namen im rein tschechischen Sprachbereich in der amtlichen tschechischen Fassung aufscheinen, während die alte deutsche Bezeichnung in Klammern beigefügt ist. In vorwiegend deutschen Gegenden wurde die umgekehrte Reihenfolge beobachtet. Die Karten Nr. 201 bis 206 sind außer in allen Buchhandlungen auch bei den Automobilklubs (in Prag z. B. Automobilklub für Mittelböhmen, Štěpanská 57, Lucerna, 2. St.) zu erhalten.

Literatur.

„Unter Buschniggern." Von Edgar Wallace. Edgar Wallace gehört zu den fruchtbarsten englischen Schriftstellern der Gegenwart. Nach einem abenteuerlichen Leben gelang es ihm unter großen Schwierigkeiten, sich als Verfasser von Kriminalromanen durchzusetzen, aber literarisch wertvoller sind seine afrikanischen Geschichten, die sich besonders durch eigenartig trockenen, aber köstlichen Humor auszeichnen und packend und spannend geschrieben sind. Wallace macht aus Taten keine Heldentaten, aus tapferen, pflichtbewußten Menschen keine Uebermenschen. Ueberschwang liegt ihm fern. Knapp, fast sparsam geht er mit den Worten um, und deshalb sind sie gewichtig und gehaltvoll. Seine meisterhafte Erzählungskunst gibt ein unübertreffliches Bild des äquatorialen Westafrika. — Das vorliegende Werk ist bei der Deutschen Buch-Gemeinschaft, Berlin S. W 68, Alte Jakobstraße 156/157, erschienen. Für den vierteljährlichen Mitgliedsbeitrag von 35 K erhält das Mitglied einen prächtigen Halblederband nach eigener Wahl und außerdem die literarisch hochwertige Halbmonatsschrift „Die Lesestunde" kostenlos ins Haus gesandt. Weit über 400.000 Mitglieder haben sich in sechs Jahren dieser Gemeinschaft angeschlossen. Ausführliche Werbeschrift wird durch die D. B. G. kostenfrei versandt.

Das Oktoberheft des Jubiläumsjahrgangs von Westermanns Monatsheften liegt vor. Auch dieses Heft ist von dem Verlag besonders schön ausgestattet worden. Es wird von den Lesern begrüßt werden, daß im Oktoberheft der bekannte englische Erzähler John Galsworthy die Novelle „Nicholas Rex" veröffentlicht. Von der jungen Generation ist Ernst Penzoldt mit der Novelle „Christiane und Vier" vertreten. Das Heft ist wieder sehr reichhaltig. Beiträge über Film, Musik, Theater, Sport, Reisen, Wochenendfahrten sowie eine Unmenge von buntfarbigen Abbildungen und Kunstbeilagen machen das Heft sehr interessant. Ganz besondere Beachtung verdienen die den einzelnen Heften ohne Erhöhung des Bezugspreises beiliegenden Atlaskarten, die gesammelt einen sehr wertvollen wissenschaftlich einwandfreien Atlas ergeben. Erfreulicherweise können auch neu hinzutretende Bezieher die bereits erschienenen Karten gegen einen geringen Betrag nachbeziehen. Unsere Leser haben das Recht, ein früheres Heft als Probenummer zu verlangen. Der billige Preis von RM. 2.— für das Heft, trotz des erstaunlichen Umfangs und der vielen buntfarbigen Bilder soll auch in Zukunft bestehen bleiben.

Herausgeber Siegfried Taub.
Chefredakteur: Wilhelm Niehner.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß Prag.
Druck: „Rota" A.-G. für Zeitung- und Buchdruck Prag.
Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag.
Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.900/VIII/1930 bewilligt

Luxchen.

Manche Leute haben einen Vogel, andere einen Hund oder eine Katze, wohingegen wieder andere weiße Mäuse sich vermehren lassen. Es gibt auch welche, die sich ihr Dasein durch den Besitz von kleinen Schildkröten, Aquarien, Eidechsen und ähnlichen Idealen komplizieren. Aus diesem Grunde sagten schon die alten Römer, daß über die Geschmäcker nicht zu streiten sei.

Meine Wirtin hat einen Hund. Er ist sieben Jahre alt, schwarz-weiß-braun meliert, wiegt im gefütterten Zustand 58 Pfund und huldigt bis auf wenige Ausnahmen einer phlegmatischen Weltanschauung. Nach dem Zeugnis meiner Wirtin ist er reinrassiger Schäferhund, und ich glaube ihr das von Herzen gern, obwohl ich mir von reinrassigen Schäferhunden eine wesentlich andere Vorstellung gebildet hatte. Was habe ich schon davon, wenn ich ihrs nicht glaube! Er hört auf den Namen Lux, das heißt nur, wenn es ihm gerade mal Spaß macht, in den weitaus häufigeren Fällen reagiert er auf Anrufe entweder mit einem verächtlichen Blick, oder er tätigt ein mitleidiges Gebell, was „Armer Irrer!" bedeutet.

Wie die meisten Phlegmatiker legt Lux Wert auf einen möglichst geregelten Tageslauf. Früh um halb 6, wenn die Zeitungsfrau nebenan bei Halupschkes mit dem Briefkasten kämpft, belfert Lux ihr seine Mißbilligung entgegen. Rücksichtsvollerweise aber nur drei bis vier Minuten lang, so daß man bald wieder einschlafen kann. Etwa Dreiviertelstunden später führt ein Junggeselle aus der dritten Etage seine Dackelin die Treppe herunter, gemützerreißende Songs der Sehnsucht sind Luxchens Antwort auf diesen Vorgang. Ein paar Minuten nach acht Uhr kommt der Briefträger. Die heilige Psychoanalyse mag wissen, wo das herrührt — Lux hat einen schweren Postkomplex. Mit fanatischem Haß stürzt er sich auf die Briefschaften, die durch den dazu bestimmten Schlitz fallen, kaut sie gut durch und transportiert sie in die verschiedenen Winkel von Küche und Korridor. Dieses Verfahren ist besonders den zurückkommenden Manuskripten bekömmlich. Als ich mich schließlich aufraffte, meine Wirtin zu bitten, doch ihrem lieben Luxchen einen etwas weniger befremdlichen Umgang mit Briefen anzugewöhnen, meinte sie freundlich: „Aber sowas tut er doch nicht! Herr Vooogel! Nein, Luxchen, sowas tust du doch nicht, nein? Du bist doch so ein gutes Tierchen . . ." Wahrscheinlich nahm die sonst überaus schätzenswerte Dame an, ich zerkaue meine Post und schleppe sie hinter die Gasuhr . . . (Seit dieser Unterredung stelle ich jeden Morgen meinen Wecker auf acht, ziehe meinen Mantel an, und dann warte ich auf dem Korridor mit Lux um die Wette, bis der Briefträger kommt.)

Um neun fängt das Tierchen an, gewissen inneren Nöten energisch Ausdruck zu geben, Frauchen steht daraufhin auf und läßt es auf die Straße, wo es (das Tierchen) verunreinigend wirkt, seinem Liebesleben obliegt und die Fleischer zu entsetzlichen Flüchen anregt.

Den größten Teil des Tages verbringt Luxchen auf seinem „Bettchen" in der Küche. Frißt, schläft, döst (was man „dolce far niente" nennt) und erhält seine Stimme geschmeidig. Manchmal wedelt er mit seinem Schwanz eine kleine Geschmacklosigkeit von dem Nippesständer Frauchens, dann sagte sie „Scherben bringen Glück!" (Als ich aber neulich ein Teeglas versehentlich zerschmetterte, hat sie das nicht gesagt.)

Bei schönem Wetter liebt er es, sich auf dem Balkon zu sonnen. Halupschkes haben auch einen Balkon, zwischen beiden Balkonen liegt mein Zimmer. Halupschkes haben einen Papagei, den hängen sie bisweilen auf ihren Balkon. Wenn die Sonne den Papagei eine Weile beschienen hat, beginnt er zu schreien: „Kohlrabi! Kohlrabi! . . ." oder so ähnlich. Diese Propaganda für vegetarische Lebensweise ruft bei Luxchen Organe der Opposition hervor. Stundenlang dauert der Meinungsaustausch meist und ist für meine Schaffensfreude eminent förderlich.

Abends geht Lux mit meiner Wirtin meist irgendwohin, und wenn sie gegen Mitternacht wiederkommen, vergeht immer ein Viertelstündchen, ehe Lux seine Lebensfreude genügend geäußert hat. Die Leute über uns klopfen während dieser Zeit mit einem Stuhl Protest. Wahrscheinlich Miesepeter, die keinen Sinn für gute Laune haben.

So zwischen drei und vier Uhr hat Lux oft Bedürfnis nach wertvoller Gesellschaft, dann springt er solange gegen die Klinke meiner Tür, bis die Tür denkt: Der Klügere gibt nach. Gravitätisch tritt Lux ein, versucht seine nasse Nase in meine Angelegenheiten zu stecken, empört sich mit einem leichten Gekläff über meine unhöflichen Worte, legt sich vor mein Bett und verbreitet Schäferhundaroma. Als ich einmal leicht unwillig meiner Wirtin von diesen nächtlichen Besuchen berichtete, sagte sie: „Ja, ja, mein Luxchen ist doch ein kluges Tierchen, jede Tür macht er von allein auf! Das können die wenigsten Hunde. Nichtwahr, Luxchen, ein kluges Hundchen bist du, jaaaaaaa . . . Glauben Sie, Herr Vogel, so ein Tier macht einem doch viele Freude . . ."

Einmal habe ich mich auch sehr über ihn gefreut:

Er war mit Frauchen promenieren gegangen, und dabei kamen sie auch bei Brösel, Kolonialwaren und Spirituosen, vorbei. Herr Brösel hat vor seinem Schaufenster zwei leere Kisten hochkant aufgebaut, auf diesen beiden kleineren Kisten ruht eine ungefähr anderthalb Meter lange größere Kiste und in der letzteren ruhen Holzwolle und Eier. Zur Zeit, als Luxchen und Frauchen bei Brösels vorüberkamen, kauerte zwischen den beiden fundamentalen Kisten eine schwarze Katze. Und Lux läßt sich hemmungslos von uralten Instinkten leiten, und er denkt nicht an Newtons Gravitationsgesetze, und sieben Eier von angeblich 159 waren hinterher noch ganz, und die nicht mehr ganzen mußte meine Wirtin bezahlen, Stück für Stück neun Pfennige (Engrospreis).

Schrecklich viel Böses sagte Frauchen den Katzen nach, als sie mir das Eierkistenabenteuer erzählte. Ich aber tröstete sie: „Ja, glauben Sie mir, Frau Strunke, so ein Hundchen macht einem doch sehr viel Freude . . ."

Bis heute weiß ich noch nicht, warum Frau Strunke so jäh die Unterhaltung mit mir abbrach und so heftig die Tür hinter sich schloß.

Bruno Vogel.